

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Der Triumph der unsterblichen Ideen	1
I. STEKLOW — Die imperialistische Aggression in Indonesien	4
M. SCHISCHKIN — Die Verelendung des amerikanischen Farmers	10
L. ROWINSKI — Das neue Eden von Truman und Vogt	12
Internationale Umschau (Notizen)	14
A. MOSKWIN — Auf der vierten Tagung der UNO-Vollversammlung (Notizen eines Korrespondenten)	18
A. LAWRENJOW — In Chikago (Notizen eines Korrespondenten)	22
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen: Ein schlechter Scherz	26
Kritik und Bibliographie: L. SLAWIN — General Halders jüngste Niederlage	27
Chronik der internationalen Ereignisse	32

Nr. 47
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriřtŕeller: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Der Triumph der unsterblichen Ideen

MIT größter Begeisterung wurde in der Sowjetunion und in der ganzen übrigen Welt der 32. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begangen. Jenseits der Grenzen der Sowjetunion wurde die Feier dieses bedeutungsvollen Jahrestags zu einer machtvollen Kundgebung der Freundschaft und Solidarität der ganzen werktätigen Menschheit mit dem Sowjetvolk, das an der Spitze des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus marschiert.

Als habe unser Volk eine riesige Warte bestiegen, von der es den zurückgelegten Weg überschauen und einen Blick in die Zukunft werfen kann, sah es in den Tagen der Oktoberfeier besonders deutlich die unter der Führung der bolschewistischen Partei erzielten großartigen Resultate seines Kampfes und Schaffens. Vor ihm liegt der sichere Weg zu weiterem Vorwärtsschreiten, zum vollständigen Sieg des Kommunismus.

Die Überlegenheit des sozialistischen Systems über das System des Kapitalismus ist durch die ganzen 32jährigen Erfahrungen des Sowjetstaates glänzend bewiesen; diese Überlegenheit zeigte sich besonders sinnfällig im Laufe des zweiten Weltkriegs und während der Nachkriegszeit. In seinem Referat auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets anlässlich des 32. Jahrestags der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entwarf G. M. Malenkov ein plastisches und eindrucksvolles Bild von den historischen Siegen des Sowjetsystems.

Noch nie in der Geschichte unseres Heimatlandes waren die Völker, die seine unermesslichen Weiten bewohnen, so geeint wie jetzt. Noch nie in seiner ganzen, viele Jahrhunderte zurückreichenden Geschichte hatte unser Heimatland derart gerechte und gut beschaffene Staatsgrenzen wie jetzt. Noch nie in seiner ganzen Geschichte war unser Heimatland von Nachbarländern umgeben, die unserem Staat derart freundschaftlich gesinnt sind, wie jetzt.

Was ist heutzutage von den Versuchen der Imperialisten geblieben, den unglückseligen „Sanktionskordon“ längs der Grenzen des Sowjetstaates zu schaffen? Die Bemühungen der Feinde des Sozialismus und der Demokratie sind zusammengebrochen! Heute ist die Sowjetunion im Westen wie im Osten von treuen Freunden und guten

Nachbarn umgeben. In Europa sind das die volkdemokratischen Staaten Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien; in Asien sind das die Mongolische Volksrepublik, die Volksdemokratische Republik Korea und schließlich die große Chinesische Volksrepublik.

Herrliche Erfolge hat das Sowjetvolk auf allen Gebieten der sozialistischen Wirtschaft und Kultur erzielt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der erste Nachkriegsfünfjahrplan vorfristig erfüllt werden wird. Im Oktober d. J. überstieg die Produktion der ganzen Industrie den Monatsdurchschnitt der Vorkriegsproduktion von 1940 um mehr als 50 Prozent. Die Sowjetindustrie arbeitet heute auf bedeutend höherem Niveau als vor dem Kriege und auf höherem Niveau, als dies für das letzte Jahr des Planjahrfünfts, für 1950, vorgesehen war.

Der Getreideertrag ist in diesem Jahr größer als im Vorkriegsjahr 1940. In unserem Lande ist das Getreideproblem bereits gelöst, und für weitere Erfolge der sozialistischen Landwirtschaft ist eine feste Grundlage vorhanden. Im laufenden Jahr lieferten die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter 128 Millionen Pud Getreide mehr als im Vorjahr an den Staat ab. Von Jahr zu Jahr wächst die technische Ausrüstung des sozialistischen Ackerbaus und entwickelt sich die Viehzucht.

Zum Unterschied vom kapitalistischen Wirtschaftssystem ist der Sozialismus ohne die tagtägliche Sorge des Staats für die Hebung des materiellen Wohlergehens und des Kulturniveaus der Werktätigen undenkbar — und darin besteht sein Entwicklungsgesetz.

Infolge dieser Sorge des Staats für das Wohlergehen der Werktätigen steigt das materielle und kulturelle Lebensniveau des Sowjetvolks unentwegt. Nach der Währungsreform, der Abschaffung des Kartensystems und der zweimaligen Preissenkung ist der Reallohn der Arbeiter und Angestellten bedeutend gestiegen, und die Kaufkraft der Bauernschaft hat zugenommen. Der Wohnungsbau ist in großem Maßstab entfaltet worden. Seitdem mit der Durchführung des Fünfjahrplans begonnen wurde, sind in Städten und Arbeitersiedlungen Wohnungen mit einer Gesamtfläche von mehr als 61 Millionen Quadratmeter gebaut und wiederhergestellt worden; mehr als

2 Millionen Wohnhäuser sind in derselben Zeitspanne auf dem flachen Lande instand gesetzt resp. neu gebaut worden.

Die stetige, rasche Zunahme der Produktivkräfte unseres Landes ist von großen Erfolgen in der Entwicklung der Wissenschaft, Kultur und Kunst begleitet. In den kapitalistischen Ländern ist die Wissenschaft zur Dienerin der Monopole herabgewürdigt; sie steht unter der Kontrolle der Brandstifter eines neuen Krieges. Die Sowjetwissenschaft eröffnet unbegrenzte Möglichkeiten für die Auswertung der unermesslichen Reichtümer unseres Landes zum Wohl des Volkes. Die erhabene Rolle der Sowjetwissenschaft tritt in der Frage der Auswertung der Atomenergie besonders deutlich zutage. Ist die Atomenergie in den Händen der Imperialisten nur eine Möglichkeit zur Herstellung todbringender Waffen, ein Mittel zur Einschüchterung, Erpressung und Gewalt, so dient sie in den Händen der Sowjetmenschen jetzt wie auch künftig als mächtiges Mittel eines stürmischen technischen Fortschritts und eines weiteren raschen Anwachsens der Produktivkräfte.

Das Sowjetvolk hat um so mehr Grund, mit den erzielten Resultaten zufrieden zu sein, als sie ohne jegliche Hilfe von außen errungen worden sind. Dem Sowjetvolk droht keinerlei „Marshallisierung“. Niemand kann sich in seine Angelegenheiten und in seine Pläne einmischen. Was dieser Umstand bedeutet, ist den Völkern Westeuropas, die unter der Last des Marshallplans und der amerikanischen „Hilfe“ stöhnen, besonders verständlich. Liegt diesem amerikanischen Plan doch die forcierte Militarisierung der westeuropäischen Wirtschaft und die Vorbereitung eines neuen Krieges zugrunde. Die jährlichen Zuwendungen laut Marshallplan an die Länder Westeuropas betragen rund 4 Milliarden Dollar, während die wichtigsten marshallisierten Länder unter dem Druck der USA gezwungen sind, für militärische Zwecke mehr als 6 Milliarden Dollar jährlich zu verausgaben. Mit anderen Worten, infolge des Marshallplans sind die westeuropäischen Völker gezwungen, für das unsinnige Wettrüsten, das ihrer Wirtschaft immer mehr Blut abzapft, aus ihrem dünnen Geldbeutel zur amerikanischen „Hilfe“ mehr als zwei Milliarden Dollar jährlich draufzuzahlen.

Die USA-Monopole haben alles getan, um die marshallisierten Länder zur Übernahme der Lasten der heranrückenden Wirtschaftskrise zu zwingen, aber sie können der Krise nicht entgehen. Im Juli d. J. erreichte die amerikanische Industrieproduktion nur 65 Prozent des während der Kriegsjahre erzielten Höchststandes, sie lag um 18 Prozent unter dem Stand vom Oktober v.J.

Innerhalb von 12 Monaten — Oktober 1948 bis Oktober 1949 — ist die Industrieproduktion um 22 Prozent zurückgegangen. Das ist ein noch größerer Rückgang, als er im ersten Jahr der schweren Wirtschaftskrise von 1929—1933 zu beobachten war! Als unausbleiblicher Weggefährte der Krise wächst in der ganzen kapitalistischen Welt das Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, das jetzt nicht weniger als 40 Millionen Menschen umfaßt.

Selbst die Drahtzieher der kapitalistischen Welt können nicht übersehen, daß das Lager des Imperialismus im Wettbewerb mit dem sozialistischen System hoffnungslos verliert. Von Wut und Raserei erfaßt, setzen die Imperialisten auf die Atomdiplomatie, deren abenteuerlicher Charakter jetzt völlig bloßgelegt ist. Sie betreiben eine Wühlarbeit gegen die Länder, die vor den amerikanischen Milliarden nicht in die Knie sinken wollen. Es toben die Kriegsbrandstifter, die darauf rechnen, ihre Lage mit Hilfe von Kriegsabenteuern verbessern zu können.

Das Programm der Feinde des Friedens prägt sich mit jedem Tage immer deutlicher aus. Es ist das ein Programm zur Schaffung eines amerikanischen Weltreichs durch Gewalt und neue Kriege. Die an Größenwahn leidenden USA-Imperialisten zeigen eine weit unbändigere Gefräßigkeit als ihre deutschen und japanischen Vorgänger zusammen!

Aber der aggressiven Politik der kapitalistischen Staaten, als deren Häuptling die USA auftreten, steht unerschütterlich die friedliche Stalinische Außenpolitik der Sowjetunion gegenüber. Das Wichtigste an der Außenpolitik der Sowjetunion besteht darin, daß die Sowjetunion für den Frieden eintritt und sich für die Sache des Friedens einsetzt. Der Sowjetstaat will keinen Krieg und wird alles in seiner Möglichkeit Stehende tun, um ihn abzuwenden. Diese Politik drückt am besten die Bestrebungen der Millionen Sowjetmenschen aus, die an einem dauerhaften und lang währenden Frieden interessiert sind. Denn der sozialistische Staat bedarf keiner Expansion nach außen. Er braucht keine kolonialen Eroberungen. Ihm ist eine Politik der Unterdrückung der nationalen Souveränität anderer Völker fremd.

Die friedliebende Politik der Sowjetunion dient der in der Geschichte einzig dastehenden massenhaften Volksbewegung der Friedensanhänger als Stütze. Zum Unterschied von den pazifistischen Bewegungen der Vergangenheit, bei denen sich Ablehnung des Krieges in Worten gewöhnlich mit völliger Tatenlosigkeit paarte, ist für die jetzige Bewegung der Friedensanhänger die feste Entschlossenheit kennzeichnend, aktiv gegen die

Kriegsbrandstifter zu kämpfen, um ihre heimtückischen Absichten zu durchkreuzen. Das von der Sowjetunion geführte Lager des Friedens und der Demokratie ist zu einem mächtigen Kraftfaktor geworden, der fähig ist, den Aggressoren Zügel anzulegen.

Glänzend bewahrheitet hat sich die geniale Voraussage J. W. Stalins, der schon 1922 darauf hinwies, daß die Sowjetmacht sich entwickeln wird

„zu einer ausschlaggebenden internationalen Kraft..., die imstande ist, auf die internationale Lage einzuwirken, sie im Interesse der Werktätigen zu verändern“.

Der historische Sieg des großen chinesischen Volkes, das, mit der Kommunistischen Partei an der Spitze, unter der erprobten Leitung seines Führers, Mao Tse-tung die jahrhundertalte Unterdrückung durch die feudale Reaktion abgeworfen, das fremdländische Joch des Imperialismus gebrochen und die Chinesische Volksrepublik geschaffen hat, sowie die Gründung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik sind ein beredtes Zeugnis dafür, wie die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus angewachsen sind und welche Verluste die Kräfte des Imperialismus und des Krieges erleiden. Die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie in Europa und Asien umfassen etwa 800 Millionen Menschen! Auf seiten des Friedens und der Demokratie stehen hunderte Millionen Menschen in allen kapitalistischen Ländern und in der kolonialen Welt.

Vergebens hofft die Weltreaktion, ihre sinkenden Aktien dadurch zum Steigen bringen zu können, daß sie mit dem Säbel rasselt und ihre Hofhunde vom Schlage der jugoslawischen Spione und Verräter von der Kette losläßt. Mit dieser Karte werden die Imperialisten ihr verbrecherisches, abenteuerliches Spiel ebensowenig gewinnen wie mit ihren anderen Trümpfen.

Die weitesten Bevölkerungskreise der USA beginnen zu erkennen, welches Los die Obermacher von der Wall Street ihrem Lande bereiten wollen. Die Zeit ist vorbei, wo es den Kriegsbrandstiftern gelang, dem amerikanischen Volk weiszumachen, es werde keine schweren Kriegssopfer zu bringen haben, das Kanonenfutter für einen Krieg werde sich in ausreichender Menge in Europa und Asien finden. Das amerikanische Volk beginnt zu erkennen, daß eine Zeit gekommen ist, wo es den Imperialisten nicht mehr gelingen wird, nur mit den Händen anderer Völker Krieg zu führen.

Das amerikanische Volk beginnt zu erkennen, daß, wenn die Kriegsbrandstifter einen neuen Aggressionskrieg anzetteln, der Gram der Mütter, Frauen, Schwestern und Kinder auch den amerikanischen Kontinent heimsuchen wird. Dies aber ist ein furchtbarer Gram. An ihm werden die Kriegsbrandstifter unweigerlich ersticken; in ihm werden sie untergehen.

Falls die Liebhaber kriegerischer Abenteuer nicht endgültig den Kopf verloren haben, sollten sie die Lehren der jüngsten Vergangenheit beherzigen. Zwei Weltkriege hatten zur Folge, daß ein gutes Dutzend Länder, mehr als ein Drittel der gesamten Menschheit vom kapitalistischen System abfielen. Können auch nur geringste Zweifel daran bestehen, daß, falls die Imperialisten einen dritten Weltkrieg entfesseln, dieser Krieg nicht mehr für einzelne kapitalistische Staaten, sondern für den ganzen Weltkapitalismus das Grab bedeuten wird?!

Die Sowjetunion will keinen Krieg und wird alles in ihrer Möglichkeit Stehende tun, um ihn abzuwenden. Aber niemand soll glauben, der mächtige Sowjetstaat ließe sich dadurch einschüchtern, daß die Kriegsbrandstifter mit dem Säbel rasseln. Nicht die Sowjetunion und das von ihr geführte Lager des Friedens und der Demokratie, sondern die Imperialisten und Aggressoren müssen einen Krieg fürchten.

Die Zeit, in der wir leben, wird in die Geschichte unseres Heimatlandes als die große Stalinsche Epoche eingehen. Sie wird in die Geschichte der ganzen Menschheit eingehen als die Epoche des Siegeszuges der unsterblichen Ideen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution durch die ganze Welt.

Diese Ideen leben und siegen in den Taten der ruhmreichen bolschewistischen Partei und des von ihr geführten heroischen Sowjetvolkes. Sie leben und siegen im sozialistischen Aufbau, der in den Ländern der Volksdemokratie entfaltet wird, in dem historischen Aufstieg des großen chinesischen Volkes, in der Schaffung und Stärkung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik.

Diese Ideen des Kampfes für den Völkerfrieden, für die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für Gleichberechtigung und Freundschaft der Völker beseelen das ganze mächtige Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Die imperialistische Aggression in Indonesien

I. STEKLOW

VIER Jahre lang führt das indonesische Volk den ungleichen Kampf um seine nationale Unabhängigkeit. Im Grunde genommen wird die Aggression gegen die Indonesische Republik nicht allein von Holland betrieben, sondern auch von den andern Kolonialmächten, vor allem den USA und England. Die Politik der imperialistischen Regierungen gegenüber Indonesien ist eine Verflechtung von Habgier und Gemeinheit mit Feigheit und Furcht vor den Kräften des demokratischen Lagers.

Indonesien war 350 Jahre lang eine Kolonie der Niederlande. Die wiederholten Aufstände der Indonesier gegen die holländische Herrschaft wurden grausam unterdrückt. Während des zweiten Weltkriegs brachen japanische Truppen in Indonesien ein. Die holländischen Behörden kapitulierten sehr bald, dagegen erhob sich das indonesische Volk zum Kampf für seine Unabhängigkeit. Im Partisanenkrieg gegen die japanischen Okkupanten erstarkte das nationale Selbstbewußtsein des unterdrückten Volkes, entstand die Volksarmee. Die schlecht bewaffneten Indonesier verloren in diesem Krieg Hunderttausende an Gefallenen, gingen aber als Sieger aus ihm hervor: am 17. August 1945 wurde die Indonesische Republik ausgerufen.

An die Spitze der Republik gerieten jedoch bürgerliche Nationalisten: Sukarno als Präsident, Hatta als Vizepräsident und Schahrir als Ministerpräsident. Sie alle fürchteten die Volksbewegung. Die Klasseninteressen dieser Leute bewogen sie zu Kompromissen mit den Imperialisten. Die Mehrheit im Provisorischen Parlament und in seinem Arbeitsausschuß gehörte den Vertretern des Volkes: der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei, der Arbeiterpartei und dem Sozialistischen Jugendbund „Pesindo“. Indessen verfolgten Sukarno und Hatta als Führer der rechtsorientierten Nationalistenpartei sowie der Rechtssozialist Schahrir in Verfechtung der Interessen des reaktionären Teils der nationalen Bourgeoisie und des Feudaladels ihre eigenen Ziele. Der Weg, den sie Indonesien führen wollten, war bei weitem nicht der Weg, der den Interessen und Hoffnungen der Volksmassen entsprach. Diese bürgerlichen Politikaster waren bereit, sich auf die Imperialisten zu stützen, um die Volksbefreiungsbewegung zu unterdrücken.

Zu jener Zeit hatte die holländische Regierung nicht die Möglichkeit, zur Niederwerfung der Volksbefreiungsbewegung eine Armee nach Indonesien zu schicken. Das übernahm England. Einen Monat nach Ausrufung der Indonesischen Republik marschierten in ihr Gebiet britisch-indische Truppen ein. Die englische Regierung hatte sie unter dem Vorwand nach Indonesien entsandt, daß die dort befindlichen japanischen Truppen entwaffnet werden müßten. Die Clique Sukarno-Hatta-Schahrir gestattete den englischen Truppen mit der Begründung, daß es sich ja um Truppen von „Verbündeten“ handle, die Landung auf einer Anzahl von Inseln, darunter an der Küste von Java. Die weitere Entwicklung hat gezeigt, daß die Erteilung dieser Erlaubnis ein Verrat war.

Ungehindert besetzten die englischen Truppen Celebes, die Molukken, Borneo nebst vielen anderen Inseln und bemächtigten sich auch eines Teils der Insel Java, deren 48 Millionen Einwohner die Hauptmasse der Bevölkerung der Republik bilden. Das indonesische Volk leistete den Interventen-Widerstand. Auf Befehl des englischen Oberkommandos wurden gegen die Truppen der Indonesischen Republik japanische Einheiten eingesetzt, zu deren Entwaffnung die englische Armee angeblich einmarschiert war.

Somit war es die britische Labourregierung, die die Aggression gegen die Indonesische Republik begann.

Die Delegation der Ukrainischen SSR brachte die englische Aggression im Sicherheitsrat zur Sprache. Schließlich wären die englischen Truppen genötigt, Indonesien im November 1946 zu räumen. Vor ihrem Abzug übergaben sie jedoch die von ihnen okkupierten Gebietsteile der Republik nicht der republikanischen Regierung, sondern den holländischen Behörden. Diese bildeten dort zwei Marionetten, „staaten“: Ostindonesien und Borneo; den geraubten Gebietsteil von Java aber benutzten sie als Aufmarschgebiet für einen militärischen Überfall auf die Republik und deren lebenswichtige Zentren. Die nach Indonesien gebrachten holländischen Truppen waren in England, Kanada und den USA ausgebildet worden und mit englischen und amerikanischen Waffen ausgerüstet.

So wurden der Indonesischen Republik weit ausgedehnte Gebietsteile im östlichen und nördlichen

Teil der Inselgruppe mit einer Bevölkerung von ca. 15 Millionen entrissen. Weder Sukarno noch Hatta oder der Rechtssozialist Schahrir, der in drei Kabinetten der Republik den Vorsitz innehatte, warfen die Frage der Wiedervereinigung dieser abgetrennten Landesteile mit der Republik auf.

Zu dem Zeitpunkt, als die englischen Truppen gezwungenermaßen aus Indonesien abzogen, verfügte die holländische Regierung dort nicht über ausreichende Kräfte zur Unterdrückung der Volksbefreiungsbewegung. Um Zeit zu gewinnen, nahm sie Verhandlungen mit der Regierung der Indonesischen Republik auf. Bei diesen Verhandlungen betätigten sich die Vertreter der britischen Regierung, zuerst Archibald Clark Kerr und später Lord Killearn, als Vermittler. Im Zuge der Verhandlungen kapitulierten Sukarno, Hatta und Schahrir wiederum vor den Imperialisten. Im sogenannten Abkommen von Linggadschati, das am 25. März 1947 unterzeichnet wurde, akzeptierten sie den Anschluß der Republik an die von den holländischen Kolonisatoren projektierten „Vereinigten Staaten von Indonesien“.

Die Sukarno-Hatta-Clique war jedoch nicht imstande, die Volksbefreiungsbewegung lahmzulegen. Diese Leute griffen zu den verschiedensten Finten, da sie nicht wollten, daß sich das Volk über die wirklichen Ziele ihrer Verräterpolitik klarwerde. Die holländische Regierung, die gleichfalls gezwungen war, das tatsächliche Kräfteverhältnis im Lande zu berücksichtigen, erkannte die Macht der Indonesischen Republik auf den Inseln Java, Sumatra und Madura de facto an. Nach erfolgter Zusammenziehung ihrer Truppen beschloß die holländische Regierung, der Republik den Todesstoß zu versetzen. Am 27. Mai 1947 stellte sie der indonesischen Regierung ein Ultimatum, in dem sie die bedingungslose Kapitulation und die Liquidierung der indonesischen Unabhängigkeit forderte. Das USA-Staatsdepartement und das Foreign Office richteten an die Regierung der Indonesischen Republik Noten, in denen sie auf unverzüglicher Annahme der holländischen Forderungen bestanden.

In dieser für die Republik so schweren Stunde beantragten Sukarno, Hatta und ihr Spießgeselle, der Pseudosozialist Schahrir (der den Posten des Ministerpräsidenten auf direkte Forderung der holländischen Behörden bekleidete), das Provisorische Parlament der Republik solle sich dem Ultimatum fügen. Sie hatten jedoch falsch kalkuliert. Ungeachtet der überaus schweren militärischen und wirtschaftlichen Lage der Republik verurteilte und verwarf das Parlament auf Drängen der Linksparteien die Politik Schahrirs. Sein Kabinett wurde gestürzt, worauf er Hauptberater des

Präsidenten der Republik, Sukarnos, wurde. An die Spitze der neuen Regierung trat Amir Scharifuddin, ein Führer der Widerstandsbewegung.

Dieses Kabinett, das am 3. Juli 1947 gebildet wurde, verfügte jedoch nicht mehr über die Zeit, die nötig gewesen wäre, um das von der früheren Regierung angerichtete Unheil wiedergutzumachen. Am 20. Juli überfiel die mit englischen und amerikanischen Waffen, Flugzeugen und Panzern ausgerüstete sowie über Kriegsschiffe verfügende 120 000 Mann starke holländische Armee die Republik. Das indonesische Volk verteidigte sein Land tapfer. Es hatte die Sympathie und den Beistand der Werktätigen aller Länder für sich.

Trotz aller Ränke des englisch-amerikanischen Blocks faßte der Sicherheitsrat am 1. August 1947 den Beschluß, die Einstellung der Kriegshandlungen in Indonesien zu fordern. Als die Regierung Scharifuddin sich jedoch mit dem Ersuchen an den Sicherheitsrat wandte, eine Kommission zur Überwachung der Durchführung dieses Beschlusses zu bilden, gelang es den Vertretern der USA, ihren Resolutionsentwurf über die Bildung des sogenannten Komitees „guter Dienste“ durchzubringen, das sich aus Delegierten der USA, Belgiens und Australiens zusammensetzte. Dieses Komitee repräsentierte im Grunde genommen nicht die UNO, sondern die imperialistischen Interessen. Dem indonesischen Volk gegenüber spielte es die schmachvollste Rolle, da es mit allen Kräften die Umtriebe seiner Feinde unterstützte.

Im Juli und August 1947 bemächtigten sich die holländischen Truppen zweier Drittel des Gebiets von Java, der ganzen Insel Madura und bedeutender Gebietsteile von Sumatra. Madura wurde schon nach dem Beschluß des Sicherheitsrats über die Einstellung der Kriegshandlungen erobert. Die englisch-amerikanische Mehrheit im Sicherheitsrat verwarf den Sowjetantrag auf unverzügliche Zurücknahme der holländischen und der republikanischen Truppen „auf die Stellungen, die sie vor Beginn der militärischen Operationen in Indonesien besetzt hielten“. Nun waren die in wirtschaftlicher Hinsicht wichtigsten Gebiete der Republik in der Macht der Okkupanten. Unter der Kontrolle der republikanischen Regierung verblieb ein stark eingeschränktes Gebiet mit einer Bevölkerung von etwa 35 Millionen. Gleichzeitig verhängten die Imperialisten über die Republik eine schwere Blockade. Es wurde ein neuer Versuch unternommen, das indonesische Volk in die Knie zu zwingen und das Kolonialregime wieder aufzurichten.

Die holländischen Behörden stellten der Regierung Scharifuddin knechtende Bedingungen eines

sogenannten Waffenstillstands, wobei sie drohten, die Kriegshandlungen wiederaufzunehmen, falls diese Bedingungen nicht binnen drei Tagen angenommen werden sollten. Das Komitee „guter Dienste“ überreichte der Regierung der Indonesischen Republik am 10. Januar 1948 dieses freche Ultimatum der Kolonialräuber und übte seinerseits einen Druck auf die Regierung aus. Das Waffenstillstandsabkommen wurde am 17. Januar 1948 an Bord des amerikanischen Kriegsschiffs „Renville“ unterzeichnet. Laut diesem Abkommen kamen nicht nur die besetzten Gebiete, sondern auch große Gebietsteile, in denen keine holländischen Truppen standen, unter holländische Kontrolle.

Die Republik war im wahrsten Sinne dieses Wortes an die Wand gedrückt. Aber sie existierte immerhin, und an ihrer Spitze stand eine Regierung, die das Vertrauen des Volkes genoß. All dies paßte der Wall Street durchaus nicht in den Kram. Die amerikanischen Vertreter im Komitee „guter Dienste“ führten hinter den Kulissen einen hartnäckigen Kampf gegen das Kabinett Scharifuddin. An der niederträchtigen Intrige nahmen Sukarno, Hatta und die übrigen Führer der Rechtsgruppierungen teil. Die Vertreter der reaktionären Regierungsparteien warfen sich in edle Positur und erklärten, sie seien mit dem „Renville“-Abkommen nicht einverstanden. Durch dieses heuchlerische Spiel sollte der Sturz des Kabinetts erzwungen werden. Als Scharifuddin seinen Rücktritt erklärt hatte, beauftragte Sukarno seinen Mitverschwörer gegen die Republik, den Vizepräsidenten Hatta, mit der Regierungsbildung. Am 31. Januar 1948 bildete Hatta eine Regierung, die ausschließlich aus proamerikanischen Elementen, Vertretern der reaktionären Parteien, zusammengesetzt war. An die Spitze der Regierung getreten, erklärte Hatta vor allem, vordringlichste Aufgabe seines Kabinetts sei die strengste Einhaltung eben jenes „Renville“-Abkommens, dessen Verurteilung er und seine Minister vorgeschützt hatten, um das Kabinett Scharifuddin zu stürzen und an die Macht zu gelangen.

Die Umtriebe der amerikanischen Agenten scheiterten jedoch immer wieder an dem ernsthaften Widerstand des Volkes. Die Annahme des amerikanisch-holländischen Ultimatus, der Sturz der Regierung Scharifuddin und ihre Ersetzung durch das Kabinett Hatta bedeuteten noch nicht die Lösung der Hauptaufgabe, die die Imperialisten gestellt hatten und die in der Liquidierung der Republik bestand. Zwar waren die Reaktionäre ans Ruder gekommen, doch zur gleichen Zeit festigten die Linksparteien die Volksdemokratische Front. Zu dieser Front gehörten: die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei, die

Arbeiterpartei, der Sozialistische Jugendbund, der Allgemeine Gewerkschaftsbund und eine Anzahl anderer demokratischer Organisationen. Im Mai 1948 wurde auf Anregung der Volksdemokratischen Front auf noch breiterer Basis die Nationale Front gebildet.

Die Sukarno-Hatta-Clique setzte jedoch ihren Kurs fort und hintertrieb immer wieder die Bildung einer parlamentarischen Koalitionsregierung, an der die demokratischen Parteien und die Kräfte des Volkswiderstandes beteiligt wären. In Worten nahm die Regierung Hatta das Programm der Nationalen Front an, in der Tat sabotierte sie es.

Die Verschwörung gegen die Republik nahm immer größeren Umfang an. Bald nach Unterzeichnung des Waffenstillstands auf der „Renville“ verletzte die holländische Regierung dieses Abkommen und bildete auf der Insel Madura und später auf Ostsumatra und auf Westjava ein Marionettenregime. Die holländischen Truppen in Indonesien wurden auf 150 000 Mann gebracht (darunter ein Truppenverband deutscher SS-Leute). Die holländischen Militärbehörden schürten eifrig die Feindschaft zwischen den verschiedenen nationalen und ethnischen Gruppen und stellten aus den rückständigsten einheimischen Stämmen Truppeneinheiten auf. So wurden z. B. aus Sumba-Insularen rekrutierte Abteilungen gegen die Bevölkerung der Insel Bali eingesetzt. Diese Abteilungen wurden dem Hauptmann Westerling unterstellt, einem Henker und Unmenschen, der auf Java, Celebes, Borneo und Bali bestialische Massaker organisierte. Die über die Republik verhängte grausame Wirtschaftsblockade verurteilte die Bevölkerung zu schweren Entbehrungen.

Die Agenten der Wall Street arbeiteten einen neuen Plan zur Vernichtung der Republik aus, mit dessen Durchführung die Feinde Indonesiens bis auf den heutigen Tag beschäftigt sind. Laut damaligen Presseberichten fand am 2. Juli 1948 in der Ortschaft Sarangan (auf Java) eine geheime Konferenz Sukarnos und Hattas mit dem Stellvertreter des amerikanischen Mitglieds im Komitee „guter Dienste“, Ogbourne, statt. Auf Antrag Ogbournes wurde beschlossen, gegen die linksstehenden Organisationen der Nationalen Front Terrorismethoden anzuwenden und die fortschrittlichen Politiker rücksichtslos aus dem Wege zu räumen. Wie sich jetzt erwiesen hat, stellte die Wall Street Hatta zu diesem Zweck 65 Millionen Dollar zur Verfügung.

Das demokratische Lager beantwortete die Ränke der Imperialisten mit dem Zusammenschluß seiner Kräfte. Anfang September vereinigten sich die Arbeiterpartei und die Sozialistische Partei mit der Kommunistischen Partei.

Darauf wurde im Zuge der Durchführung des von Ogbourne ausgearbeiteten Plans ein Aufstand in Madiun provoziert. Tausende von indonesischen Patrioten wurden verhaftet, eingekerkert, ermordet. Die Führer der Kommunistischen Partei — Musso, Suripno, Charjono, Darusman — wurden festgenommen und auf Befehl Hattas erschossen. Auf seine Anordnung wurde auch das Mitglied des Politischen Büros der Kommunistischen Partei, Amir Scharifuddin, der ehemalige Ministerpräsident und Führer der Volksdemokratischen Front, erschossen.

Die ungeheuerliche Provokation in Madiun war ein schwerer Schlag für das Volk. Nach der blutigen Abrechnung mit den Politikern und den linksstehenden Organisationen der Nationalen Front nahm Washington an, daß Hatta nunmehr volle Handlungsfreiheit habe. Nach einem Besuch in Washington kam der holländische Außenminister Stikker im Oktober nach Indonesien und erhielt dort von Hatta ein Dokument, das den holländischen Behörden die Verfügungsgewalt in Indonesien einräumte. Hatta versprach ihnen restlose Zusammenarbeit „im Kampf gegen alle Bewegungen und Aktionen, die gegen die Behörden, einzelne Personen oder deren Eigentum gerichtet sind, wie auch in der Wiederaufrichtung von Gesetz und Ordnung“. Mit anderen Worten: die Sukarno-Hatta-Clique übernahm Gendarmen- und Henkerfunktionen. Da sich Hatta darüber im klaren war, daß seine eigenen Kräfte zur Niederwerfung des indonesischen Volkes nicht ausreichten, versprach er in seinem Schreiben, seine Regierung werde „im Falle der Unmöglichkeit, der Lage Herr zu werden“, Holland und die holländische Armee um Beistand ersuchen.

Am 27. November 1948 begannen in Kaliurang (bei Dschokjakarta) neue Verhandlungen einer holländischen Regierungsdelegation unter Führung Stickers mit der Sukarno-Hatta-Gruppe. In dem Monat, der seit dem letzten Besuch Stickers vergangen war, hatte diese Gruppe sich jedoch davon überzeugt, daß die Widerstandskraft des Volks gegen die holländischen Okkupanten nicht gebrochen war. In der Republik herrschte eine ganz andere Lage als die, die sich die Imperialisten erhofft hatten. Deswegen waren Hatta & Co. gezwungen, einen Rückzieher zu machen und die amerikanisch-holländischen Forderungen, die sie zuvor akzeptiert hatten, abzulehnen. In diesem Zusammenhang brach die holländische Delegation am 5. Dezember die Verhandlungen ab und begab sich auf dem Luftwege nach dem Haag zurück.

Wieder in Holland eingetroffen, erklärte Stikker:

„Wir haben den Eindruck gewonnen, daß alle Kräfte in der Republik gegen Hatta arbeiten, um es ihm unmöglich zu machen, die wesentlichen Positionen in dieser Frage beizubehalten.“

Die späteren Ereignisse zeigten, daß die holländischen Minister, Hatta und H. Merle Cochran, das neue amerikanische Mitglied im Komitee „guter Dienste“, genötigt waren, in Kaliurang einen neuen Plan für weitere Aktionen auszuarbeiten.

In Ausführung dieses Plans verübten die holländischen Truppen in der Nacht auf den 19. Dezember 1948 einen neuerlichen Überfall auf die Republik und bemächtigten sich ihrer Hauptstadt Dschokjakarta. Hierbei verhafteten sie Sukarno und Hatta und verbannten sie auf die Insel Bangka. In der Absicht, sich dieser Politikaster auch in Zukunft zu bedienen, ließ der amerikanische Spionagedienst sie bis zum geeigneten Zeitpunkt die Rolle von „Märtyrern“ der Republik spielen. Es ist ganz klar, daß die holländische Regierung, die den Krieg in Indonesien mit finanzieller, diplomatischer und militärischer Unterstützung der USA führt, das Risiko einer neuen blutigen Aggression lediglich mit Wissen und auf Weisung der Wall Street und des Staatsdepartements übernehmen konnte.

Nicht minder offensichtlich ist es, daß der Überfall schon zuvor mit der Sukarno-Hatta-Regierung vereinbart worden war. Davon zeugen mehrere Tatsachen. Vor allem erwies die Hatta-Regierung den Holländern, als diese die Hauptstadt an sich rissen, nicht den geringsten Widerstand. Sukarno und Hatta gaben sich bereitwilligst gefangen. Die holländischen Behörden waren ihnen gegenüber höchst zuvorkommend. Die „Verhafteten“ und „Verbannten“ richteten Briefe an die holländischen Behörden, in denen sie dafür dankten, daß man sich ihnen gegenüber so freundlich verhalten habe.

In einem Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Hollands vom 27. Dezember 1948 heißt es:

„Der ganze Lauf der Ereignisse in Indonesien zeugt von der langen und sorgfältigen Vorbereitung der Aggression gegen das indonesische Volk: a) die holländischen Truppen verübten den Überfall; b) Hatta und seine Spießgesellen lassen sich freiwillig gefangennehmen und geben den holländischen Truppen den Weg frei; c) Amerika gibt sich im Sicherheitsrat den Anschein, als verteidige es die Indonesische Republik, läßt jedoch nach einer Vereinbarung mit England und Frankreich alles auf einen an beide Gegner gerichteten Appell zur Feuereinstellung hinauslaufen, was für die holländische Regierung von größtem Vorteil ist.“

So waren bei der auf die Vernichtung der indonesischen Unabhängigkeit abzielenden Verschwörung die Rollen unter den Partnern verteilt. Die holländische Armee, die in das Gebiet der Republik einbrach, ist in englische und amerikanische Monturen gekleidet. Der Unterhalt dieser Armee kommt täglich auf über eine Million Dollar zu stehen. (Das ist übrigens ungefähr ebensoviel, wie

Holland als „Unterstützungs“summe im Rahmen des Marshallplans erhält!) Die Armee, die den Kolonialkrieg in Indonesien führt, ist mit amerikanischen Bombern der Typen „B-25“ und „Mitchell“, mit amerikanischen „Mustang“-Jägern, amerikanischen „Sherman“-Panzern und englischen „Bren“-Maschinengewehren ausgerüstet.

Die Truppen, die den heimtückischen Aggressionsakt ausführten, erhielten den unmenschlichen Befehl, jeden, der sich zum Widerstand gegen die Okkupanten erkönnen sollte, erbarmungslos niederzumachen. Diese Truppen begingen ungeheuerliche Bestialitäten und wiederholten die Schandtaten von 1946, als sie allein auf der Insel Celebes 40 000 Indonesier niedermetzelten. Vor allem wüteten sie gegen die fortschrittlichen Elemente.

Während Hatta und seine Kumpane es sich in dem Hotel auf der Bangka-Insel wohl sein ließen und die holländischen Truppen das besetzte Gebiet der Republik mit Blut überschwemmten, spielten die amerikanischen und die englischen Imperialisten im Sicherheitsrat eine heuchlerische Komödie. Sie nahmen die Pose von Verteidigern des Friedens und der Gerechtigkeit an, brachten Anträge ein, lärmten, gaben sich überaus geschäftig. All dies war nur niederträchtige „Demagogie“. Ihr Ziel war nicht die Bändigung des Aggressors, sondern Beistand für ihn, denn die regierenden Kreise der USA haben ein eigennütziges Interesse an der Unterjochung des indonesischen Volkes.

Die amerikanischen Monopole reißen die natürlichen Hilfsquellen Indonesiens immer mehr an sich. Die Erdöltruste der USA bemächtigten sich auf der Insel Borneo der überaus reichen Ölfelder nahe Balikpapan und Samarinda, der Erdölvorkommen bei Palembang auf Sumatra sowie der Fundstätten auf Neuguinea und der Bangka-Insel. Rockefellerkonzern besitzt in Indonesien hunderte Bohrtürme und Dutzende Erdölraffinerien. Nach dem zweiten Weltkrieg errichtete die Standard Oil Co. zwei Erdölraffinerien auf Sumatra und drei auf Java. Ihre Zweiggesellschaft, die Socony Vacuum Oil Co., verfügt über 5 Erdölraffinerien auf Sumatra und Java.

Den USA-Monopolen gehören in Indonesien Kautschukplantagen mit einer Gesamtfläche von mehr als einer Million Acre. Die Goodrich Rubber Co. und einige andere Gesellschaften haben auf Sumatra und Java gewaltige Kautschukplantagen an sich gerissen.

Amerikanische Truste kontrollieren die Zinnvorkommen auf den Inseln Bangka und Billiton, die früher der holländischen Gesellschaft Dutch Tin Co. gehörten. Der Stahltrust verschaffte sich das Monopolrecht auf den Abbau der Nickelerzvorkommen von Celebes. Die USA-Monopole

kaufen den holländischen Firmen die sehr ergiebigen Blei- und Zinnvorkommen, Zuckerrohr-, Chinabaum-, Kokos-, Tee- und Kaffeeplantagen ab.

Die USA wollen Indonesien zu einem ihrer Stützpunkte in Südostasien machen. Dort werden amerikanische Flugplätze angelegt und Luftbildaufnahmen des Inselgebiets gemacht, sowohl um seine Rohstoffquellen (Uran, Erdöl, Zinn, Nickel) zu erforschen als auch um militärische Stützpunkte anzulegen.

Gegenwärtig wird die Gesamtsumme der ausländischen Kapitalanlagen in Indonesien auf 2,5 Milliarden Dollar geschätzt, von denen mehr als eine Milliarde Dollar auf die USA kommen.

Das ist für das Verhalten der USA und der anderen Kolonialmächte bei der Diskussion über die indonesische Frage in der UNO das ausschlaggebende Moment.

Da die amerikanischen Vertreter im Sicherheitsrat fest davon überzeugt waren, daß die Republik nach Besetzung des indonesischen Territoriums durch die holländische Armee und nach der Gefangennahme der offiziellen Führer der Republik als faktisch nichtexistent zu betrachten sei, begannen sie heuchlerisch, aus Anlaß der indonesischen Frage „Unruhe zu bekunden“, ihre „Unzufriedenheit“ mit der Handlungsweise der holländischen Regierung zum Ausdruck zu bringen und dergleichen mehr. Als es jedoch zur Beschlussfassung kam, da brachte die englisch-amerikanische Mehrheit im Sicherheitsrat eine demagogische Resolution durch, in der „beide Parteien“ zur Einstellung der Kriegshandlungen aufgefordert wurden. Weit davon entfernt, die Aggression von Seiten Hollands zu verurteilen, bezeichnete diese Resolution Holland nicht einmal als Aggressor. Die Anträge der Sowjetdelegation auf Verurteilung der von der holländischen Regierung verübten Aggression, auf sofortige Einstellung der Kriegshandlungen und auf Zurückführung der holländischen Truppen auf die Stellungen, die sie vor dem Überfall auf die Republik am 18. Dezember 1948 eingenommen hatten, wurden von der englisch-amerikanischen Mehrheit abgelehnt.

Aber die Hoffnungen der Feinde des indonesischen Volkes scheiterten wiederum. Alle vom holländischen Oberkommando vorgesehenen Fristen waren bereits verstrichen, der Krieg aber dauerte an. Die Bevölkerung vieler Gebiete, die zuvor als „ruhig“ gegolten hatten, griff zu den Waffen. Es gelang nicht, die republikanische Armee zu liquidieren. Ihre 300 000 Kämpfer verteilten sich in kleine Trupps und zogen in die Wälder und Berge. Das Volk befreite mehr als 35 000 von der Hatta-Regierung eingekerkerte Anhänger des demokratischen Lagers, und diese schlossen sich den Partisanen an. Wiederum erwies es sich als

unmöglich, die Republik zu vernichten. Der bewaffnete Widerstand, den das Volk den imperialistischen Räubern entgegensetzt, zeigte der ganzen Welt, daß das Schicksal der Republik vom Volk entschieden wird, nicht aber von den auf der Insel Bangka „internierten“ politischen Abenteurern.

Angesichts einer solchen Lage griffen die Aggressoren neuerlich zur Betrugstaktik. Hatta und Sukarno wurden wieder aus der Versenkung geholt. Am 28. Januar 1949 brachte die englisch-amerikanische Mehrheit im Sicherheitsrat eine wahrlich unsinnige Resolution zur Annahme, in der z. B. jeder Logik entgegen behauptet wurde, daß sich die Gegner „nach wie vor an das Abkommen halten, das auf der ‚Renville‘ geschlossen wurde“. Diese Resolution enthielt Empfehlungen, laut denen die holländische Regierung verpflichtet war:

die politischen Gefangenen auf freien Fuß zu setzen und den amtlichen Vertretern der Republik die Wiederaufnahme ihrer Funktionen zu gestatten;

Verhandlungen mit der Regierung der Indonesischen Republik aufzunehmen;

in der Stadt Dschokjakarta die Macht der Regierung der Indonesischen Republik wiederherzustellen.

All dies unter den Verhältnissen der holländischen Okkupation und des Terrors!

Das berüchtigte Komitee „guter Dienste“ wurde bei dieser Gelegenheit umbenannt und heißt nun „Indonesien-Kommission der UNO“.

Nach dem Plan der amerikanischen Monopolisten sollten Hatta & Co. „auf gesetzmäßiger Grundlage“ mit den holländischen Okkupanten verhandeln und die USA-Agenten im Komitee „guter Dienste“ ihre Machenschaften im Namen der UNO betreiben. Dem indonesischen Volk aber wurde anheimgestellt, Zeuge der Verhandlungen zwischen den Verrätern und den Landräubern zu sein und im Austausch gegen das Versprechen, Sukarno und Hatta in der „Stadt Dschokjakarta und Umgebung“ als Herren einzusetzen, die Waffen zu strecken und den nationalen Befreiungskampf einzustellen. Wie zu erwarten war, hatte eine solche Perspektive für die indonesischen Partisanen nichts Verlockendes.

Sukarno und Hatta nahmen ihrerseits den Kuhhandel mit den holländischen Behörden auf, die sich gar nicht beeilten, ihr Versprechen betreffs Wiedererrichtung der Macht Hattas in Dschokjakarta einzulösen. Es erfolgte ein direktes Eingreifen Washingtons. Dort hatte man es angesichts der Erfolge der Volksbefreiungsarmee Chinas und des Zusammenbruchs des Tschiangkaischek-Regimes mit der „Lösung“ des indonesischen Problems eilig. Am 23. März 1949 brachten die amerikanischen Vertreter im Sicherheitsrat eine Resolution durch, in der die „UNO-Kommission“, d. h. niemand anderes als der Amerikaner Cochran, beauftragt wurde, die „Vorverhandlungen“ mit Sukarno und Hatta, die sich auf der Insel Bangka befanden, selbst in die Hand zu nehmen. Im Ergebnis gaben Sukarno, Hatta, Rum und andere das vorläufige Einverständnis zur Eingliederung der Indonesischen Republik in die „Vereinigten Staaten von Indonesien“ und zur Teilnahme an einer „Konferenz des runden Tisches“, die im Haag einberufen wurde. Die holländische Regierung versprach ihrerseits, die Macht der Regierung der Indonesischen Republik im Bereich des Sultanats Dschokjakarta „wiederherzustellen“, d. h. in einem Gebiet mit einem Radius von 32 Kilometer und rund 2,5 Millionen Einwohnern.

Während dieses Tauziehens, diese Geheimverhandlungen und Machenschaften im Gange waren, kämpfte das indonesische Volk mit der Waffe in der Hand gegen die Okkupanten. Die Lage war so, daß die „Sieger“ es nicht wagen konnten, sich außerhalb der befestigten Plätze zu zeigen. Die ausposaunte „völlige Besetzung des Gebiets der Republik“ erwies sich als Bluff. Selbst nach dem Eingeständnis der berüchtigten „UNO-Kommission“ hielten die holländischen Truppen auf Java und Sumatra lediglich die großen Städte und die wichtigsten Kommunikationen besetzt.

Das indonesische Volk hat die Sympathie der gesamten demokratischen Weltöffentlichkeit für sich. Die Sowjetvertreter in der UNO setzten sich entschlossen für die Verteidigung Indonesiens ein, forderten die Verurteilung des Aggressors und die Ergreifung wirksamer Maßnahmen zur Einstellung des Raubkriegs gegen das indonesische Volk, das für seine unbestreitbaren Rechte auf Freiheit und Unabhängigkeit kämpft.

(Schluß folgt.)

Die Verelendung des amerikanischen Farmers

M. SCHISCHKIN

IN keinem einzigen der großen kapitalistischen Länder erreicht die Verelendung und der Ruin der Bauernmassen ein solches Ausmaß wie in den Vereinigten Staaten. Hierbei spielt das Finanzkapital, das immer tiefer in die Landwirtschaft eindringt, eine kolossale Rolle. In seiner Schrift „Neue Daten über die Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft“ führte Lenin aus:

„Wer die Banken in der Hand hält, der hält unmittelbar ein Drittel aller amerikanischen Farmen in der Hand und beherrscht mittelbar ihre gesamte Masse.“

Im verflossenen Jahrzehnt hat die Unterdrückung durch die Banken und Monopole horrend zugenommen. Zugenommen hat auch die kapitalistische Konzentration in der amerikanischen Landwirtschaft. Im Jahre 1920 entfielen auf die Großfarmen mit einem Bodenbesitz von 1000 Acres und mehr 25 Prozent des gesamten Farmerbodens im Lande. Den Erhebungen von 1945 zufolge umfaßten solche Großfarmen zu diesem Zeitpunkt bereits 40 Prozent des Bodens. Die Zahl der kleinen Farmen mit einem Bodenbesitz von 10—100 Acres ist in den gleichen 25 Jahren von 54 Prozent auf 48 Prozent, ihr Bodenanteil von 17 auf 11 Prozent gesunken.

Die pseudogelehrten Diener des Goldenen Kalbes jonglieren mit sogenannten Durchschnittszahlen, um das Bild der wirklichen Lage der mittleren und kleinen Farmer zu entstellen. Sie verhehlen, daß an der Kriegs„konjunktur“ nur die Großgrundbesitzer profitiert haben, und behaupten schlankweg, die amerikanischen Farmer hätten Aussicht auf eine „Prosperität“. Aber die tönende Reklame für die berühmte „amerikanische Lebensweise“ kann die krassen sozialen Kontraste im Dollarlande nicht verbergen: das Elend der besitzlosen Massen kleiner Farmer und den Reichtum eines kleinen Grüppchens kapitalistischer Großfarmer. Fünftausend Großfarmer haben jährlich je 100 000 bis zu einer Million Dollar Bruttoeinnahmen und noch mehr. Daneben haben 2 300 000 Farmen (38 Prozent aller Wirtschaften) durchschnittlich nicht mehr als 1000 Dollar Bruttoeinkommen im Jahr: Von der 30 Millionen zählenden Dorfbevölkerung der USA haben 20 Millionen nicht einmal das Existenzminimum.

Wie der „Southern Farmer“ im Juni v. J. schrieb, überstiegen die Reineinkünfte von 4 Millionen Klein- und Mittelfarmern nicht einmal 600 Dollar im Jahr pro Farm, während das Existenzminimum der Farmerfamilie sich schon 1947 auf 1400 Dollar belief. Im vorigen Jahr war der Unterausschuß des USA-Senats für Landwirtschaftsfragen gezwungen zuzugeben, daß 43 Prozent der amerikanischen Farmen (mehr als 2 500 000 Wirtschaften) „zu klein sind, um ... ohne zusätzliche Einkünfte aus anderen Quellen einen befriedigenden Lebensstandard zu gewährleisten“.

Während der Kriegsjahre schrumpfte der Anteil der kleinen und kleinsten Farmen an der Gesamtmasse der landwirtschaftlichen Produktion der USA noch mehr ein. Die Großfarmen (ein Drittel aller Wirtschaften) lieferten im Jahre 1899 wertmäßig 72 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produktion der USA, im Jahre 1939 an die 78 Prozent, 1944 mehr als 80 Prozent. Auf die übrigen zwei Drittel der Farmen entfielen dementsprechend 1899 — 28 Prozent, 1939 — 22 Prozent, 1944 aber nur noch 20 Prozent des Wertes der gesamten landwirtschaftlichen Produktion.

Unter den werktätigen Farmern stehen die Neger auf der untersten sozialen Stufe. Die Zahl der Negerpächter im Süden, die 1940 35 Prozent aller Farmer ausmachte, stieg im Jahre 1945 auf 41, die Zahl der Teilpächter von 55 auf 62 Prozent.

Die Teilpächter, die nominell die Hälfte des Ernteertrags erhalten, sind faktisch ganz rechtlos. Der Plantagenbesitzer zwingt die in Schuldknechtschaft lebenden Teilpächter z. B., ihm ihre Produkte zu Spottpreisen zu verkaufen, und gewährt ihnen auf die zu erwartende Ernte Kredite zu Wucherzinsen. Zur Charakteristik der Verhältnisse, unter denen die Negerteilpächter, namentlich aber die Landarbeiter, leben, genügt der Hinweis, daß die Sterblichkeit der Neger in den Südstaaten die der Weißen um beinahe 50 Prozent übersteigt.

Infolge ihres Elends können sich Millionen Farmer weder moderner Landmaschinen noch der modernen Agrotechnik bedienen. Die alljährlichen Verluste durch schädliche Insekten und Nagetiere entsprechen dem Verlust des Arbeitsertrags von einer Million Farmern. Nach einer Schätzung des USA-Büros für Bodenschutz war gegen Ende des

Krieges die Hälfte der 2 Milliarden Acres urbaren Bodens der USA der Erschöpfung durch Erosion ausgesetzt.

Die Unterdrückung durch Handels- und Industriemonopole, Banken und Großgrundbesitzer hat die Verelendung der Farmermassen in solchem Maße gesteigert, daß Millionen ausgeraubter, ruinierter und von ihrer Scholle vertriebener Kleinproduzenten zu Nomaden geworden sind, die auf der Suche nach einem Elendsverdienst das Land von einem Ende zum andern durchstreifen. In den Jahren 1920—1945 verließen durchschnittlich 600 000 Personen im Jahr ihre Farmen. Zusammen mit den schon früher ruinierten Farmern bilden sie das Riesenheer der obdachlosen Landarbeiter, deren tragisches Los eine der furchtbaren Schwären des todesreifen Kapitalismus bloßlegt.

Die nomadisierenden Landarbeiter — gestern noch „unabhängige“ Klein- und Zwergfarmer — sind die schlechtest bezahlten, schutzlosesten Menschen. Schwere Arbeitsbedingungen, schlechte Ernährung, furchtbarste Wohnverhältnisse — dies hat ihnen die vielgepriesene amerikanische Demokratie beschert. Der kleine Farmer hat im Lande der Dollardemokratie die Wahl, entweder auf dem bearbeiteten Stückchen Land vor Unterernährung und Erschöpfung zugrunde zu gehen oder als einer der Hunderttausende nomadisierender Landarbeiter zu verrecken.

* * *

Die Offensive der USA-Monopole auf den Lebensstandard der Werktätigen, die nach dem zweiten Weltkrieg noch an Stärke zugenommen hat, führte zu einer jähen Verschlechterung in der Lage der Farmer. Inflation und Abschaffung der Preiskontrolle hatten ein schroffes Ansteigen der Preise zur Folge. Selbst laut offiziellen Angaben des Landwirtschaftsdepartements hatten die Farmer im vorigen Jahr durchschnittlich um 69 Prozent mehr Unkosten als vor dem Kriege, um die gleiche Ernte zu erzielen. Mitte vorigen Jahres erreichten die Bodenpreise das Doppelte ihrer Vorkriegshöhe.

Die Hypothekenschulden der Farmer, die während des Krieges etwas zurückgingen, begannen ab 1946 wieder zu steigen. Sie erreichten am 1. Januar d. J. die Gesamtsumme von 5108 000 000 Dollar, d. h. sie betrugen um 226 Millionen mehr, als die gesamte Hypothekenschuld am 1. Januar 1948 ausmachte. So wächst die Abhängigkeit der Farmer vom Finanzkapital.

Die breiten Farmermassen haben an der von den Monopolen durchgeführten Preissteigerung für landwirtschaftliche Waren keineswegs profitiert, im Gegenteil, sie haben sehr viel daran verloren, da die Preise für landwirtschaftliche

Produkte langsamer stiegen als die für Industriewaren. Im Juni d. J. waren die Preise für landwirtschaftliche Waren, verglichen mit dem Höchststand vom Januar v. J., um 17 Prozent gesunken. Im Zusammenhang hiermit hatten die Farmer in der ersten Hälfte d. J. um 1,3 Milliarden Dollar (10 Prozent) weniger Einkünfte als in der ersten Hälfte v. J.

Zu gleicher Zeit steigen die Gewinne der Monopole, die sowohl die Farmer als auch die städtischen Verbraucher ausplündern.

Die Monopole greifen zu den raffiniertesten Methoden des Betrugs, der Erpressung und der Druckausübung gegen die Produzenten landwirtschaftlicher Waren und gegen die Verbraucher. Wie Mühlsteine zermahlen sie die kleinen Farmer, deren Wirtschaften immer mehr zu einer Art „Schwitzbuden“ werden, wo die Farmer und ihre Familienmitglieder faktisch für den Großgrundbesitzer, die Bankiers und die Monopolherren arbeiten. Elend und aufreibende Arbeit, schlechte Verpflegung, weitverbreitete Krankheiten, hohe Sterblichkeit — das ist das Los der kleinen Farmer im kapitalistischen Zuchthaus der USA.

Im Zusammenhang mit dem Anbruch der Wirtschaftskrise stehen Millionenmassen kleiner und mittlerer Farmer vor neuen Prüfungen. Infolge der gesteigerten Mechanisierung der Produktion, die auf den Großfarmen während des Krieges und in der Nachkriegszeit vorgenommen wurde, erweisen sich immer mehr Arbeitshände und immer mehr landwirtschaftliche Produkte als „überflüssig“. Die Armee der von ihrem Boden vertriebenen Farmer wird, nach der Schätzung amerikanischer Sachverständiger, in den nächsten Jahren 4—6 Millionen erreichen.

Durch die Überproduktion in den wichtigsten Landwirtschaftszweigen der USA wird die Existenz von Millionen Farmern gefährdet. Die vorjährigen Restbestände der USA an Weizen machten am 1. Juli d. J. 8 Millionen Tonnen aus, gegenüber 5,3 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des vorigen Jahres. Die Baumwollrestbestände betragen mehr als das Zweieinhalbfache der damaligen.

Die regierenden Kreise Washingtons haben versucht, den Eintritt der Krise aufzuschieben, indem sie viele Milliarden für Rüstungszwecke und für die Finanzierung des Exports auf Grund des Marshallplans aufwandten sowie den Getreidehandels- und anderen Monopolen Subsidien gewährten. Aber diese Politik führt schließlich zum Rückgang der Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten. Die Einkommensteuern der Farmer sind von 15 Millionen Dollar im Jahre 1941 auf 960 Millionen Dollar in diesem Jahr, d. h. auf das 64fache angewachsen. Die ungeheuren Steuerlasten ruhen vor

allem auf den kleinen Farmern. Infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der sinkenden Einkünfte der Farmer in diesem Jahr schrumpft die Kaufkraft der werktätigen Massen weiter, wodurch eine Vertiefung der Industriekrise und eine Entwicklung der Agrarkrise gefördert wird.

Noch immer versichert die käufliche Presse der Monopole den amerikanischen Farmern, der Marshallplan sei ihre Rettung. Aber die Praxis deckt den Betrug rücksichtslos auf. Die Marshallisierungspolitik mit ihren knechtenden Anleihen, ihrem Wetttrüsten und ihrer Währungsabwertung untergräbt die Kaufkraft der Bevölkerung anderer kapitalistischer Länder und führt somit zu einer weiteren Zuspitzung des Problems der Außenmärkte für die USA, darunter auch der Märkte für landwirtschaftliche Waren. Der Nahrungsmittelexport aus den USA lag schon 1948 um 19 Prozent unter dem des Jahres 1947. In diesem Jahr ist der Export landwirtschaftlicher Produkte weiter im Sinken begriffen.

Beunruhigt durch das Anwachsen der Überschüsse an Weizen, Baumwolle und anderen landwirtschaftlichen Produkten sowie durch den Sturz der Preise für diese Waren, suchen die regierenden Kreise der USA wieder einmal ihre Rettung in einer Einschränkung der Produktion. Ein vom USA-Kongreß angenommenes Gesetz sieht eine 17prozentige Einschränkung der Anbaufläche für Weizen im Landwirtschaftsjahr 1949/50 vor. Auch die Frage einer „Regulierung“ der Anbaufläche für Baumwolle, Kartoffeln und Flachs wird auf die Tagesordnung gestellt. Diese „Regulierung“ entspricht selbstverständlich nur den Interessen der Monopole, denen es darum geht, durch Produktionseinschränkung die Preise und Gewinne hochzuhalten und die Lasten der Krise auf die werktätigen Massen abzuwälzen. Die Schwären, die die amerikanische Wirtschaft zerfressen, können durch solche Heilmethoden nur noch größer, die Krisenerscheinungen nur noch akuter werden.

Das neue Eden von Truman und Vogt

L. ROWINSKI

NACH biblischer Überlieferung flossen Euphrat und Tigris durch das Paradies von Adam und Eva. Kürzlich hat man sich in Washington dessen erinnert und das dringende Bedürfnis empfunden, die Niederungen dieser Flüsse wieder in ein blühendes Paradies zu verwandeln. Dabei will man die Grenzen des restaurierten biblischen Gartens Eden bedeutend weiter stecken und ganz Asien, Afrika, Kanada, Südamerika, Australien einbeziehen... Von den Einwohnern der aufgezählten Länder und Kontinente wird kein besonderer Müheaufwand verlangt: alle Unkosten und Sorgen beim Bau des Weltparadieses übernimmt das amerikanische Kapital.

Von allen diesen Dingen erzählte Präsident Truman am 9. November d. J. in einer Tischrede, die er bei einem Festessen im Nationalen Demokratischen Frauenklub hielt. Er versicherte seinen Zuhörerinnen:

„Das Gebiet am Euphrat und Tigris kann wieder in einen Garten Eden verwandelt werden... Ich könnte Ihnen noch eine ganze Anzahl von Gegenden auf dem Erdball nennen, wo das ebenfalls möglich wäre.“

Wie der Redner meint, braucht man gar nicht lange zu warten. Nach Ablauf der Geltungs-

dauer des Marshallplans würden die USA über Riesensummen unausgenutzten Kapitals verfügen, die dafür angelegt werden sollten, „die gewaltigen Ressourcen in Asien, Afrika, Südamerika, Australien, Indonesien und der übrigen Welt auszuwerten, die über unerschöpfliche Ressourcen verfügt“. Damit wird der berühmte Punkt 4 des Trumanprogramms in die Tat umgesetzt werden, der Punkt über „die Hilfe an rückständige Länder“. Dann werde ein himmlisches Leben auf Erden anbrechen, „jeder Mann, jede Frau und jedes Kind in der Welt werden ihren gerechten Anteil ... erhalten“.

Sein „Programm zur Entwicklung rückständiger Länder“ hat Truman, wie man weiß, erstmalig im Januar d. J., bei der Zeremonie des offiziellen Präsidentenschauspiels, aufgestellt. Seither wurde so manche Rede über dieses Thema geschwungen. Am 9. November aber erklimm Truman, wie wir gesehen haben, unter Eröffnung glänzender Aussichten seines Programms, die höchsten Gipfel der biblischen Poesie, für die er eine unüberwindliche Schwäche hat.

Trumans Programm wird nicht nur von seinem Urheber gepredigt. Vor ganz kurzer Zeit hielt

Mr. Acheson auf einer Tagung des Kongresses der Industrieverbände eine hochtrabende Rede zu diesem Thema. Aber Acheson enthält sich ebenso wie der Präsident persönlich irgendwelcher konkreten Angaben darüber, wie der „gerechte Anteil“ eigentlich aussehen soll, der hundertten Millionen Menschen in dem projektierten neuen Paradies versprochen wird. Diese Unterlassung ist jetzt von der amerikanischen Zeitschrift „Saturday Evening Post“ gutgemacht worden. Die Zeitschrift brachte einen ausführlichen Artikel über Charakter und Aufgaben des „Punktes 4“ mit der Überschrift: „Analysieren wir einmal unseren Weihnachtsmannkomplex.“

Die Redaktion der „Saturday Evening Post“ teilt in einleitenden Anmerkungen mit, der Verfasser des Artikels sei der bekannte „Gelehrte und Schriftsteller“ William Vogt, dessen im vorigen Jahr erschienen Buch als „Vorbote des kühnen neuen Programms von Präsident Truman über die Hilfe an die zurückgebliebenen Völker der Welt“ anzusehen sei.

Das Buch „Der Weg zur Rettung“ hat William Vogt tatsächlich schon Berühmtheit verschafft, allerdings eine Berühmtheit besonderer Art. Seine Grundthese bildet die Behauptung, der Erdball sei überbevölkert, das Ackerland der Welt könne nicht einmal die Hälfte der heutigen Erdbewohner ernähren. Hieraus zieht Vogt den von Malthus her bekannten Schluß, die meisten Menschen seien überflüssige Esser, für die es weder Nahrung gebe, noch die es zu ernähren lohne, deshalb seien die schlimmsten Epidemien — Cholera, schwarze Pocken, Pest — eine Wohltat, ebenso wie Massenhunger und ganz besonders Kriege, die viele Millionen Menschen dahinraffen und so die Zahl der Anwärter auf ein Stück Brot vermindern.

Der „Weg zur Rettung“ besteht nach Vogt gerade darin, mit allen erreichbaren Mitteln die Bevölkerung des Erdballs zu vermindern. Das soll selbstverständlich auf Kosten der „rückständigen“ Rassen und Völker geschehen, damit der Appetit der Auserwählten — der angelsächsischen Rasse — restlos gestillt werden kann. Man braucht keinen besonderen politischen Scharfblick aufzubieten, um in dem Vogtschen „Weg zur Rettung“ die Konzeption des amerikanischen Faschismus zu erkennen. So wurde diese „wissenschaftliche Arbeit“ auch mit Recht von der fortschrittlichen Presse beurteilt, die die völlige Identität der Ideen Vogts mit den kannibalischen Hirngespinnsten der Hitlerfaschisten bloßlegte. Ist Malthus der Ahne Vogts, so sind Rosenberg und Haushofer zweifellos seine älteren Brüder.

Die Redaktion der „Saturday Evening Post“ hat zweifellos in einer Sache recht: eben diese „Ideen“ William Vogts gaben die Grundlage zu

Punkt 4 des Trumanprogramms ab. Aber Vogt ist Mr. Truman nicht böse, daß er ihm das Prioritätsrecht nimmt und sein Buch als ideologische Grundlage benutzt. Im Gegenteil, er ist bereit, dem Urheber des Programms auch weiter unter die Arme zu greifen. In seinem Aufsatz übersetzt Vogt die honigsüße Poesie Trumans in die Sprache der grimmen amerikanischen Lebensprosa. Er beschwichtigt diejenigen begriffsstutzigen amerikanischen Bourgeois, die die Versprechungen des Präsidenten über eine Beglückung der „rückständigen Völker“ für bare Münze nehmen wollen. Nein, Truman wird kein „Weihnachtsmann“ sein. In Wirklichkeit, so schreibt Vogt, „wird Punkt 4 des Trumanprogramms uns bei richtiger Ausführung große Dividenden einbringen“. Und darum geht es auch.

Vogt gibt — anstandshalber mit gewissen Umschweifen — als durchaus gesetzmäßig zu, daß Trumans „Entwicklungspläne sich zu einer Plünderung ausländischer Ressourcen auswachsen“ werden. Ganz im Sinne seiner Forschungen nach einem „Weg zur Rettung“ erblickt Vogt die „größte Gefahr“ darin, daß selbst bei dieser Plünderung die Einwohner „rückständiger Länder“ nicht intensiv genug aussterben könnten und nicht schnell genug ausgerottet werden würden. Seine erste Anforderung an den „Punkt 4“ — und dessen Auslegung — besagt daher, daß der Lebensstandard im Trumanparadies auf keinen Fall gehoben werden dürfe, denn

„wenn wir den Lebensstandard dieser Völker heben, dann müssen wir mit einer rascheren Zunahme der Zahl der Männer, Frauen und Kinder rechnen“.

Unter Berufung auf seine Gesinnungsgenossen, Tizard und Bowman, verlangt Vogt, in den Ländern, in die die amerikanischen Imperialisten eindringen würden, sollten nicht einmal „die allerprimitivsten Gesundheitsschutzmaßnahmen“ getroffen werden, denn, wie die Erfahrungen mit dem Indianerstamm der Navajos in den USA selbst zeigten, hätten die allerprimitivsten Maßnahmen „die Bevölkerungszahl in die Höhe schnellen lassen“. Vogt führt aus, der Trumanplan dürfe nicht nur keinen Rückgang der durch „Kriege, Malaria und die Tsetsefliege“ bewirkten Sterblichkeit in den Ländern Asiens und Afrikas herbeiführen, sondern müsse eher das Ansteigen dieser Sterblichkeit bewirken, sonst würden die Bemühungen der Amerikaner „im Zustrom hungriger Mäuler versacken“.

Das wäre in den Grundzügen die freundschaftliche Analyse des Trumanschen „Weihnachtsmannkomplexes“. Vogt begrüßt dieses Programm als einen Weg zur Ausplünderung und massenhaften Ausrottung „minderwertiger, rückständiger“ Völker zum Ruhm der imperialistischen Elite der

angelsächsischen Rasse. Nur eins macht Vogt Sorgen: bei aller seiner typisch faschistischen, dünnhüftigen Verachtung für sämtliche anderen Völker, die er als „minderwertig“ ansieht, fürchtet er dennoch mit Recht, diese Völker würden sich nicht so einfach ausplündern und ausrotten lassen.

Er schreibt:

„Im Augenblick wird man sich in vielen Teilen der Welt zu Onkel Sams Versprechungen, gelinde gesagt, mit Argwohn verhalten.“

Vogt begreift, daß dieser Haß gegen die USA-Imperialisten seinen guten Grund hat und daß sich auf dem Wege zur Weltherrschaft ernstliche Schwierigkeiten, Hindernisse und Gefahren vorfinden. Er schlägt deshalb vor, mit aller Grausamkeit zu handeln, jedoch mit Umsicht vorzugehen und nicht auf einmal „die Kräfte auf der ganzen Weltkarte zu verzetteln“. Als erstrangige Objekte, die die „meisten Erfolgchancen“ versprechen, nennt Vogt die Länder des Nahen und Mittleren Ostens, also wiederum die Niederungen

des Euphrat und Tigris, die Präsident Truman am 9. November für den in erster Etappe anzulegenden amerikanisierten Garten Eden ausersah.

Der reale Zweck des „Hilfsprogramms für rückständige Länder“ ist durchsichtig genug: Annexion kolonialer und halbkolonialer Länder durch die USA-Imperialisten — vor allem derjenigen Länder, die bis zur jüngsten Zeit unter englischer, französischer, holländischer oder belgischer Herrschaft standen. In diesen Ländern wird man die amerikanische hohe Schule der Plünderung, Gewalt und Menschenausrottung vorführen. Das ist der niedrige, reale Sinn der Sache, die vom Urheber des Programms und seinen Handlangern in so hohen Tönen propagiert wird.

William Vogt — der Vorgänger und Kommentator dieses Programms — läßt in seinem Aufsatz die Worthüllen von den bestialischen Plänen der USA-Monopole fallen und zeigt, wie das von ihnen projektierte neue Paradies in Wirklichkeit aussieht.

Internationale Umschau

(Notizen)

SIE TRAUMEN IMMER NOCH VON KRIEGFÜHRUNG MIT FREMDEN HÄNDEN

Am 9. und 10. November fand in Paris eine Beratung der Außenminister der USA, Englands und Frankreichs statt. Hauptberatungsgegenstand war die weitere Deutschlandpolitik der drei Mächte. Im Schlußkommuniqué hoben die Minister hervor, daß sie der im „Besatzungsstatut“ niedergelegten Politik treu bleiben; sie fügten hinzu, sie hielten es „für zweckmäßig, die Eingliederung des deutschen Volkes in die europäische Gemeinschaft zu unterstützen und zu fördern“.

Zur Erläuterung und Konkretisierung dieser nebelhaften Formel trägt eine Äußerung des Mitglieds des Repräsentantenhauses vom Staate Texas, Robert Poages, bei, die in einer am 4. November erschienenen Sondernummer des „Congressional Record“, einer Sammelpublikation von Sitzungsberichten des USA-Kongresses, veröffentlicht ist. Poage gab offen zu, daß die amerikanischen Imperialisten Westdeutschland in einen aggressiven Kriegsblock gegen die Sowjetunion eingliedern.

Poage schlägt der USA-Regierung vor, für einen Krieg gegen die Sowjetunion unverzüglich eine deutsche Söldnerarmee aufzustellen. Die

Argumente, die Poage zur Begründung seines Plans vorbrachte, sind für einen Kliniker von Interesse eigener Art.

„Ich beantrage nicht, daß wir amerikanische Burschen einziehen, um sie nach Deutschland zu schicken“, erklärt Poage zuvorkommend. „Ich beantrage nicht, daß wir uns in neue Unkosten stürzen sollen, indem wir zusätzliche amerikanische Truppenkontingente entsenden mitsamt den Familien und dem Komfort, mit dem wir unsere Leute in Übersee auszustatten bemüht sind... Ich schlage nicht vor, amerikanische Soldaten... zu entsenden... wenn ich andere finden kann...“

Der Stratege aus Texas schlägt vor, in Westdeutschland 25 Divisionen aufzustellen aus den „zähesten“ Deutschen (worunter offensichtlich SS-Leute zu verstehen sind!) und aus „versetzten Personen“. Die Befehlsgewalt wird natürlich bei den Amerikanern liegen; damit ihnen aber die deutschen Landsknechte nicht etwa aufässig würden, empfiehlt Poage, die Munitionsversorgung in den Händen der Amerikaner zu belassen.

Poage verheißt erstens, daß die ganze Last des Krieges auf die Völker Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und der anderen westeuropäischen Staaten fallen wird; er verheißt zweitens,

daß diese Last das gehörige Gewicht haben, daß Westeuropa gründlich zerstört werden wird. Poage phantasiert in seinem Wahn:

„Wir könnten unseren Verbündeten nur versichern, daß wir der Aufgabe, Kommunikationswege und Produktionskapazitäten zu zerstören, viel besser nachkommen würden als jede andere Armee, die in den letzten tausend Jahren durch diesen Raum gezogen ist. Wir würden keine Brücke stehenlassen, wir würden jede Kohlengrube ersäufen, wir würden die Fabrikschlote in Belgien und Nordfrankreich dem Erdboden gleichmachen. Wir würden alles zerstören...“

Der in Raserei verfallene Kannibale aus Texas sucht den Amerikanern einzureden, dies ganze Geschäft ließe sich „für ein Butterbrot“ deichseln: braucht man doch den deutschen Soldaten, wie Poage erklärt,

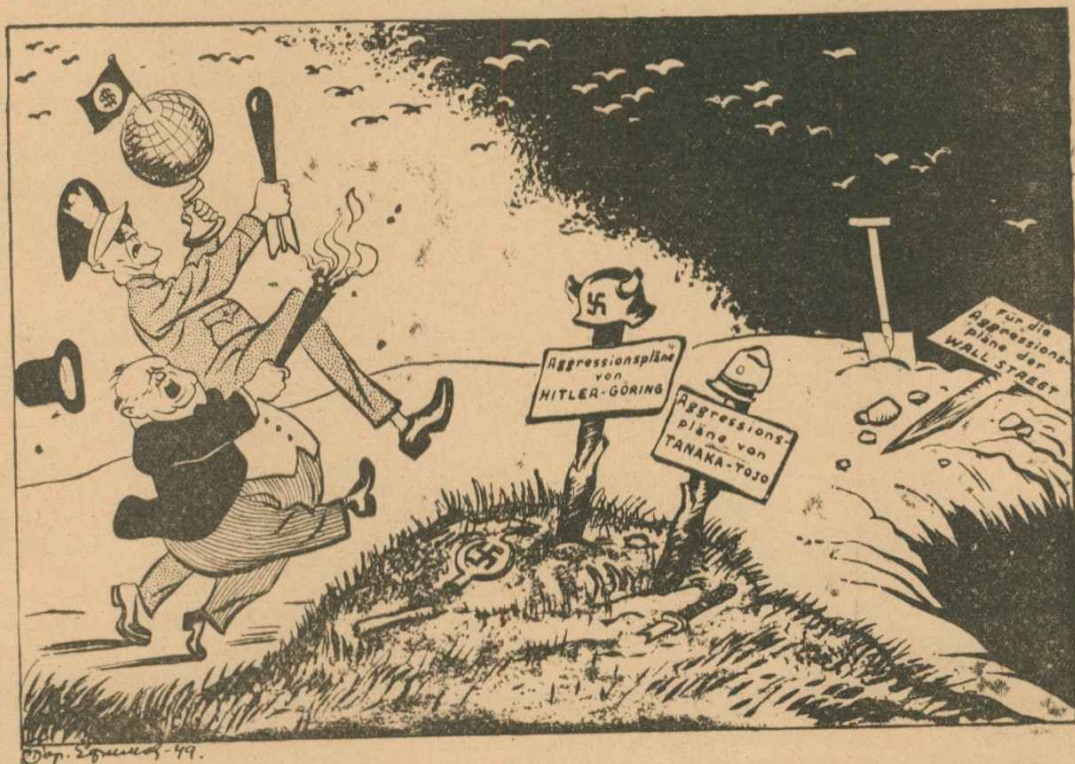
„nur einen Bruchteil der Löhnung zu zahlen, die die amerikanischen Truppen erhalten... Diesen Söldnern würden wir keinerlei Vergünstigungen für Ausgediente gewähren...“

Poage empfiehlt, in Japan eine gleiche Söldnerarmee aufzustellen.

Man kann mühelos erkennen, daß sich die Politik des USA-Imperialismus in eben jener Richtung entwickelt, die Poage erwünscht ist. Im Grunde genommen rennt er offene Türen ein und plaudert aus, was manche amtliche Persönlichkeiten noch nicht laut und vernehmlich auszusprechen wagen.

Poage sucht den Amerikanern einzureden, daß der Krieg ihnen keine ernst zu nehmenden Opfer auferlegen würde. Aber wer wird ihm das glauben? Die einfachen Menschen in Amerika

DER WEG ZUR „WELTHERRSCHAFT“



Die englisch-amerikanischen Imperialisten wollen noch viel weiter gehen als ihre deutschen und japanischen Vorläufer...

Zeichnung von BORIS JEFIMOW

können folgendes nicht mißverstehen: sollten die Kriegsbrandstifter einen neuen Weltenbrand entfachen, dann würden seine Flammen unvermeidlich auch den amerikanischen Kontinent versengen. Ebensowenig können sie mißverstehen, daß die Pläne, mit den Händen fremder Völker Krieg zu führen, auf Sand gebaut sind.

WESWEGEN IN ENGLAND EIN GELEHRTER VERFOLGT WIRD...

Der englische Physiker Professor J. D. Bernal ist ein bedeutender Gelehrter und ein angesehener Vertreter der Öffentlichkeit, der gegen die Ausnutzung der Wissenschaft zur Vorbereitung eines neuen Krieges kämpft. Er ist Mitglied der Weltföderation der Wissenschaftler und des Ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger.

Bernal's Betätigung in der Öffentlichkeit mißfällt den regierenden Kreisen Englands und der USA. In seiner Rede auf der Unionskonferenz der Friedensanhänger in Moskau erklärte Professor Bernal:

„In den kapitalistischen Ländern liegt das Schicksal der Wissenschaft in den Händen jener, deren Ziel darin besteht, Menschen um der Steigerung und Erhaltung ihrer eigenen Profite willen zu martern und zu vernichten... In den USA wird es bald so weit sein, daß es nur denen erlaubt sein wird, zu unterrichten und wissenschaftliche Forschungsarbeit zu betreiben, die jetzt offene Feinde der Sowjetunion sind und es auch immer waren. Großbritannien folgt den USA gehorsam auf diesem Wege...“

Das war eine unangenehme Wahrheit, und die kapitalistische Presse Englands zog gegen Professor Bernal zu Felde. Aber was konnte sie seinen Erklärungen entgegenhalten? Nichts. Zähneknirschend mußten die Zeitungen zugeben, daß die fortschrittlichen Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten „leider“ tatsächlich verfolgt werden. Aber England, so schrieben sie, folge den USA nicht „auf diesem Wege“. In England stehe die Freiheit der Wissenschaft und die Gedankenfreiheit in voller Blüte.

Professor Bernal mußte Vorwürfe hören, er wisse diese Freiheit der Wissenschaft in seinem Lande nicht zu schätzen. Um überzeugender zu wirken, drohten die Leiter des Rats der Britischen Assoziation für die Förderung der Wissenschaft Bernal den Ausschluß an, falls er seine Erklärung auf der Unionskonferenz der Friedensanhänger nicht zurücknehmen sollte.

Es gelang ihnen aber nicht, den Gelehrten einzuschüchtern. Professor Bernal kennzeichnete die

gegen ihn gestartete Verleumdungskampagne mit Recht als eine „böswillige und beharrliche Propaganda im Geiste Goebbels“. Er fuhr fort, in der Presse und in Versammlungen zum Kampf für den Frieden und zur Freundschaft mit der Sowjetunion aufzurufen.

Anfang November wurde der fortschrittliche Gelehrte aus dem Rat der Britischen Assoziation für die Förderung der Wissenschaft ausgeschlossen. So enthüllten die Eiferer für die Freiheit der Wissenschaft in England ihr wahres Antlitz. So bekräftigten sie mit ihren Taten in vollem Maße, daß die von Bernal erhobenen Anschuldigungen berechtigt sind. Und der Gelehrte hatte ganz recht, als er seinen Ausschluß als einen demonstrativen Beitrag zur Politik der Kriegsbrandstifter kennzeichnete.

WIE MAN ERDNÜSSE ANBAUT

Nach dem Beispiel Trumans, der im Januar 1949 das berühmte „Hilfsprogramm für die wirtschaftlich rückständigen Länder“ bekanntgab, begann die Labourregierung, für ihren Plan zu einer „sozialen und wirtschaftlichen Revolution“ in Ostafrika Reklame zu machen. Herbeigeführt werden soll diese „Revolution“ durch Erdnüsse, deren Massenanbau laut amtlichen Erklärungen von den britischen Behörden beschlossen wurde, angeblich um die englische Bevölkerung mit Pflanzenfett zu versorgen. Für dieses Vorhaben wurden 25 Millionen Pfund Sterling bewilligt. Fürs erste wurden 10 000 Negerarbeiter aufgeboten.

Dieser Tage wurde der erste Bericht der „Overseas Food Corporation“ veröffentlicht, die sich mit dem Erdnußanbau befaßt. Er brachte denjenigen, die an den Plan der Labouristen geglaubt hatten, eine bittere Enttäuschung. Die Haupterrungenschaft der Gesellschaft war ein Fehlbetrag von 23 Millionen Pfund Sterling. Wo sind die gewaltigen Summen hingewandert?

Die englischen Behörden erklärten eiligst, um den Erdnußanbau einzuleiten, habe man sich zuerst um die „Sicherheit“ der entsprechenden afrikanischen Gebiete kümmern müssen. Die USA-Administration für wirtschaftliche Kooperation unterließ es nicht, den Labourbehörden in dieser Hinsicht zu Hilfe zu kommen. Wie sich herausstellte, wurden dank den gemeinsamen englisch-amerikanischen Bemühungen im abgelaufenen Jahr in Ostafrika zwecks Sicherung des Erdnußanbaus militärische Stützpunkte, Flugplätze, Häfen und Eisenbahnen angelegt. Gegenwärtig wird im Eiltempo ein neuer Hafen in Mikindani (Tanganjika) angelegt, während die Häfen in

Daressalam (Tanganjika) und in Mombasa (Kenialand) erweitert werden.

Unweit von Mackinnon Road ebnen die englischen Truppen eine Fläche von 150 Quadratmeilen. Hier wird ein Arsenal angelegt, das die Versorgungszentrale für alle Truppenteile und Militäreinrichtungen in Ostafrika werden soll. In Kenialand werden die amerikanischen Flugzeughallen umgebaut und für die Aufnahme von schweren Bombern eingerichtet. In den ostafrikanischen Gebieten wimmelt es von militärischen und politischen Kundschaftern aus Übersee. In Ergänzung zum amerikanischen Generalkonsulat in Nairobi wurden Konsulate in Mombasa und Daressalam eröffnet. Dieser Tage unternahm eine amerikanische militärisch-diplomatische Mission eine geheime Reise durch die Häfen von Ostafrika.

So werden „Erdnüsse“ angebaut! Auf Kosten der englischen und amerikanischen Steuerzahler wird Ostafrika in ein Aufmarschgebiet für aggressive imperialistische Abenteuer umgewandelt.

ZWECKBESTIMMTER WIRRWARR

Laut Pressemeldungen wird in Karatschi eine Wirtschaftskonferenz der Moslemstaaten einberufen. Will man dem pakistanischen Finanzminister, Ghulam Mohammed, Glauben schenken, so wird eine der Hauptaufgaben dieser Konferenz in der Klärung des Problems bestehen, „wie die Grundsätze des Islams auf die modernen Wirtschaftstendenzen anzuwenden sind“. Auf diesem Gebiet, behauptet der Finanzminister mit gelehrter Miene, „besteht gegenwärtig ein großer Wirrwarr“. Bei näherem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, daß der Mann, der diese Erklärung abgab, selbst nicht abgeneigt ist, Wirrwarr zu stiften, um die Öffentlichkeit von den wirklichen Aufgaben der Konferenz abzulenken.

Im Sommer dieses Jahres schlug der Vorsitzende der Moslemliga Pakistans, Khalik es-Saman, vor, eine Konferenz einzuberufen, die den Plan für die Gründung von „Islamistan“ besprechen sollte. Kurze Zeit darauf trat er eine zweimonatige Reise durch die Länder des Nahen und Mittleren Ostens an, um festzustellen, wie sich die Machthaber dieser Länder zu seiner Idee stellen.

Was dieses „Islamistan“ sein sollte, darüber wurde zuerst sehr wenig und recht schleierhaft gesprochen. Der Urheber des Plans erklärte, er denke sich „Islamistan“ als eine „Volksorganisation“ für die Länder des Nahen und Mittleren Ostens. In letzter Zeit äußern sich er und

andere mit weit größerer Bestimmtheit über diese Frage.

Erstens gab Khalik es-Saman bei einer Rede in Kairo zu, daß „Islamistan“ als „Atlantikpakt“ für „alle Länder des Ostens von Pakistan bis zur Türkei“ gedacht sei. Die pakistanische Zeitung „Dawn“ erklärt ihrerseits, „Islamistan“ sei aufzufassen

„als Vereinigung der Moslemstaaten zu einem starken Moslemblock nach dem Muster des Westblocks mit gemeinsamem Verteidigungs- und Wirtschaftssystem“.

Es wird also klar, daß die bevorstehende „Wirtschaftskonferenz“ der Moslemstaaten in Karatschi den Zweck hat, den Boden für die Schaffung eines militärisch-politischen Blocks der Moslemstaaten zu ebnet. Die vielsagenden Parallelen zur Westunion und zum Atlantikpakt unterstreichen den aggressiven Charakter dieses Blocks. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung zur Konferenz traf Khalik es-Saman am 30. Oktober in London ein, wo er seinen Worten nach beabsichtigt, „mit amtlichen englischen Vertretern den Plan zur Schaffung von ‚Islamistan‘ zu besprechen“.

Die Londonreise Khalik es-Samans kurz vor Eröffnung der Konferenz in Karatschi wirft auch ein Schlaglicht auf die Frage, wer der Inspirator der neuen Variante eines sowjetfeindlichen Länderblocks des Nahen und Mittleren Ostens ist.

EINE EINTRÄGLICHE TRANSAKTION MISTER McCLOY

Die deutsche Presse berichtete vor einiger Zeit über folgende Episode aus der amerikanischen Okkupationspraxis. In Neukölln (amerikanischer Sektor von Berlin) befindet sich die Farb- und Lackfabrik „Zöllnerwerke“. Diese Firma hatte ebenso wie viele andere Unternehmungen in den Westsektoren Berlins große Zahlungsschwierigkeiten. Nach einer ADN-Meldung schuldet sie amerikanischen Gläubigern 290 000 Westmark. Da die Firma den Betrag nicht begleichen konnte, ist sie in den Besitz des Gläubigers, der amerikanischen Gillette Company, übergegangen...

Das ist bei den jetzigen Verhältnissen nichts Außergewöhnliches. Aber hier gibt es eine pikante Einzelheit. Die Sache ist die, daß kein anderer als der amerikanische Hohe Kommissar in Deutschland, McCloy, Inhaber großer Aktienpakete der Gillette Company ist.

Der Hohe Kommissar verknüpft auf seinem Posten die Wahrung seiner eigenen Geldinteressen recht geschickt mit der Leitung der Besatzungspolitik.

Auf der vierten Tagung der UNO-Vollversammlung

(Notizen eines Korrespondenten)

A. MOSKWIN

II

FAST zwei Monate tagen die Vollversammlung, ihre Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen. Die niedrigen, nur künstlich beleuchteten kleinen Konferenzsäle stehen häufig leer. Die Gruppe der ständigen Berichterstatter, die diesem oder jenem Ausschuß zugeteilt sind, und die zwanzig, dreißig Besucher von auswäts — junge, wißbegierige Liebhaber von politischen Diskussionen, solide alte Herren, lachlustige junge Damen aus irgendeinem College und nicht aus der Ruhe zu bringende Matronen, die sich sorgfältig die Kopfhörer der Hausfunkanlage zurechtrücken — nehmen oft nicht einmal die Hälfte der Publikums- und Presseplätze ein, die sich die beiden mit grauem Stoff bespannten Wände entlang ziehen.

Auch die Delegiertenplätze sind längst nicht immer besetzt. Viele Delegierte, besonders die Vertreter der Satellitenländer, haben in den Sitzungen oft einen abwesenden Gesichtsausdruck; ihre Augen verraten schweigende Ergebung in ihr Schicksal, einige von ihnen aber schlummern friedlich ein, sobald sie die Kopfhörer aufgesetzt und sich „in die Leere eingeschaltet“ haben, wie sie selbst in den Wandelgängen zu scherzen belieben. Andere bedienen sich an den Stehtischen in der Cocktailbar radikalerer Mittel.

Ein kanadischer Delegierter antwortete auf die übliche Frage nach seinem Wohlbefinden: „Schreckliche Hitze, man ist ganz abgespannt und will überhaupt nichts tun, am wenigsten Sitzungen besuchen.“

In jenen Tagen herrschte in New York wirklich eine große Hitze, aber der kanadische Diplomat war doch nicht offenherzig: man konnte absolut nicht das New Yorker Klima dafür verantwortlich machen, daß ihm wie auch den übrigen Delegierten die endlosen Sitzungen zum Halse herauskamen, diese Sitzungen mit all den langweiligen Debatten über drittrangige Fragen, die von der amerikanischen und der englischen Delegation benötigt werden, um die sachliche Erörterung der dringlichsten Gegenwartsprobleme in

den Ausschüssen der Vollversammlung zu verteilen. Ein englischer Journalist kennzeichnete die Stimmung der Delegierten mit folgenden Worten:

„Diese Tagung dehnt sich wie ein Kaugummi. Es widert schon alle an, stets aufs neue die Worte ‚Griechenland, Albanien, Ungarn, Rumänien, Korea, Interessioneller Ausschuß‘ abwandeln zu müssen... Dabei ist noch so viel Arbeit, so viel wirklich wichtige Arbeit zu leisten. Aber da ist eben nichts zu machen, die Bosse brauchen das für ihre große Politik...“

Die „Bosse“ sind die Leiter des amerikanischen State Department und des britischen Foreign Office.

Unser Gesprächspartner hatte recht. Bis zum Endtermin für die vierte Tagung der Vollversammlung, dem 30. November, sind es nur noch gezählte Tage. Indes ist keine der von der vierten Tagung der Vollversammlung zu behandelnden wirklich wichtigen Fragen gelöst worden, und in bezug auf viele von ihnen hat noch nicht einmal die Diskussion in den Ausschüssen begonnen. Zu diesen Fragen gehören in erster Linie die bekannten Anträge der Sowjetregierung auf Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und auf Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens, die der Führer der Sowjetdelegation, A. J. Wyschinski, in der Plenarsitzung der Vollversammlung am 23. September einbrachte.

Die Debatte über das Atomwaffenverbot und die Herstellung einer internationalen Atomenergiekontrolle ist noch nicht abgeschlossen, das Schicksal der ehemaligen italienischen Kolonien nicht entschieden worden; die Diskussion über die Indonesienfrage, das Palästina-Problem und andere Fragen hat nicht einmal begonnen. Unterdessen haben die wichtigsten Ausschüsse, der Politische Ausschuß und der Politische Sonderausschuß, fast 6 Wochen vergeudet für die Behandlung künstlich ausgetüftelter „Probleme“ wie der angeblichen „Bedrohung der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Griechenlands“, der nicht vorhandenen „Verstöße gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten in

Siehe den ersten Bericht „Neue Zeit“ Nr. 41.

Bulgarien, Ungarn und Rumänien“, wie der Berichte der gesetzwidrigen Koreakommission und des ebenso gesetzwidrigen Inter-sessionellen Ausschusses.

Die Sowjetdelegation und einige andere Delegationen hatten seinerzeit gegen die Aufnahme derlei künstlich zusammengebräuter Fragen in die Tagesordnung der Vollversammlung Einspruch erhoben, denn so kann die Vollversammlung von ihren Hauptaufgaben, nämlich der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker, nur abgedrängt werden. Aber unter dem Druck der Delegationen der USA und Englands wurden diese Fragen dennoch auf die Tagesordnung der Session gesetzt. Das Resultat liegt auf der Hand.

Als kennzeichnender Versuch, die UNO zu provokatorischen und ihrer Satzung zuwiderlaufenden Diskussionen zu veranlassen, kann die Erörterung der sogenannten „Frage“ einer angeblichen „Bedrohung der politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität Griechenlands“ im Politischen (Ersten) Ausschuß dienen.

Die Debatte zu dieser künstlich ausgeklügelten Frage dauerte mit Unterbrechungen vom 28. September bis zum 4. November. Jedermann weiß schon lange sehr gut, daß es keinerlei „Bedrohung der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Griechenlands“ durch seine nördlichen Nachbarn, die Länder der Volksdemokratie, gibt oder geben kann. Erstens deswegen, weil es keine „politische Unabhängigkeit Griechenlands“ gibt, da in Athen seit 1945 die britischen und amerikanischen Truppen schalten und walten. Zweitens, weil weder Albanien noch Bulgarien irgendwelche Gebietsforderungen an Griechenland stellen, während die monarcho-faschistischen Machthaber Griechenlands im Gegenteil Albanien und Bulgarien gegenüber expansionistische Absichten haben, was sie auf allen Gasen und selbst auf der Tribüne der Vollversammlung ausposaunen. Der Athener Delegierte Pipinelis scheute sich nicht, am 28. Oktober in der Sitzung des Politischen Ausschusses zu erklären, seine Regierung habe die Forderungen nach dem albanischen Nordepirus nie aufgegeben und werde sie auch niemals aufgeben.

Es geht natürlich nicht um die aggressiven Pläne der griechischen Monarcho-Faschisten — diese jämmerlichen Possenreißer, die die Rolle von Eroberern spielen wollen, können an und für sich nur Verachtung hervorrufen. Wie die Delegierten der Sowjetunion, der Ukrainischen SSR, Polens und einiger anderer Länder in den Sitzungen des Politischen Ausschusses überzeugend nachgewiesen haben, handelt es sich hier um eine Art internationaler Verschwörung gegen die

volksdemokratischen Republiken Osteuropas, bei der Griechenland die Rolle eines politischen und strategischen Brückenkopfes für eine künftige Expansion auf dem Balkan zugeordnet ist. Gegen Albanien und Bulgarien werden absurde Anschuldigungen erhoben, um von dem terroristischen Regime in Griechenland, von den blutigen Verfolgungen der demokratischen Kräfte im Innern dieses Landes durch die Monarcho-Faschisten wie auch von den Provokationen der Athener Machthaber an der albanischen Grenze abzulenken.

Bekanntlich hat die überaus langwierige Debatte zur „griechischen“ Frage im Politischen Ausschuß praktisch nicht das geringste Ergebnis gezeitigt. Die Vertreter der Athener Regierung sabotierten mit dem Segen ihrer Gebieter die Tätigkeit der durch den Ausschuß eingesetzten Einigungskommission, indem sie sich weigerten, die bestehende griechisch-albanische Grenze als endgültig anzuerkennen, wodurch sie noch einmal bekräftigten, daß der verbrecherische Plan besteht, „bei passender Gelegenheit“ einen Teil des albanischen Territoriums abzutrennen. Die von der Mehrheit des Politischen Ausschusses am 4. November angenommene „Resolution der Vier“, nämlich Englands, der USA, Australiens und Chinas, bietet den englisch-amerikanischen Regisseuren die Möglichkeit, wann immer es ihnen einfallen sollte, in der UNO neuerlich die sogenannte griechische Frage aufzubringen.

Auch eine Reihe anderer, zur Gänze auf Lüge und Provokationen, auf Fälschungen und Entstellung der Tatsachen beruhender Fragen wurde im Widerspruch zum gesunden Menschenverstand und zum Anstand behandelt. Die auf Weisung der amerikanischen und der britischen Delegation von der Mehrheit des Politischen Sonderausschusses und der Vollversammlung gefaßten Beschlüsse betreffs Prolongierung und Erweiterung der Befugnisse der berüchtigten Koreakommission, betreffs Überweisung der Frage von „Verstößen gegen die Menschenrechte und die Grundfreiheiten in Bulgarien, Ungarn und Rumänien“ an den Internationalen Gerichtshof und betreffs Weiterbelassung dieser Frage auf der Tagesordnung der Vollversammlung sollen einen Tarnmantel für neue Versuche der imperialistischen Mächte bilden, sich in die inneren Angelegenheiten der volksdemokratischen Republiken einzumischen. Wie bekannt, sind derartige Versuche bis jetzt regelmäßig gescheitert; es ist nicht zu bezweifeln, daß es ihnen auch künftig nicht anders ergehen wird.

Genau so wie die Diskussion zur griechischen Frage im Politischen Ausschuß nahm auch die Debatte zu den gegen die volksdemokratischen Länder gerichteten Fragen im Politischen Sonder-

ausschuß und in den Plenarsitzungen eine für die Feinde dieser Länder offenkundig ungünstige Wendung. Die Delegationen der Sowjetunion, der Ukrainischen SSR, der Bjelorussischen SSR, Polens und der Tschechoslowakei enthüllten Schritt für Schritt mit unerbittlicher Logik den verleumderischen Charakter der gegen Bulgarien, Rumänien und Ungarn gerichteten Anschuldigungen, sie hätten die Friedensverträge verletzt, und bewiesen die volle Unhaltbarkeit dieser Bezeichnungen. Mit besonderer Eindringlichkeit erklangen im Ausschuß und in den Plenarsitzungen die Reden des Führers der Sowjetdelegation, A. J. Wyschinski, der restlos die wirklichen Ziele bloßlegte, um dementwillen solche Fragen vor der Vollversammlung aufgeworfen werden, und der die englisch-amerikanischen Ankläger in die Lage von Angeklagten versetzte. Wie klägliches Gestammel nahmen sich die Verteidigungsreden des englischen Delegierten Sir Hartley Shawcross und des amerikanischen Vertreters Benjamin Cohen aus. Viele amerikanische und englische Korrespondenten sprangen verdrossen von ihren Plätzen auf und verließen den Sitzungssaal, um nicht Zeugen eines neuen Fiaskos ihrer Brotherren sein zu müssen.

Cohen und Shawcross sind nur dann etwas selbstsicherer, wenn die Abstimmungsmaschine in Gang gesetzt wird. Cohen, Poseur und Schauspieler von Natur, demonstriert hierbei mit Vorliebe, wie sicher er sich der Abstimmungsergebnisse ist. Niemals schaut er sich um, niemals läßt er seinen Blick durch den Saal schweifen, um zu sehen, wie die Delegationen stimmen. Er gibt sich den Anschein, ganz in das Abzeichnen der ihm gegenüberstehenden Delegierten versunken zu sein. Es gab jedoch noch keinen Fall, wo er es verabsäumt hätte, den Marionetten des englisch-amerikanischen Blocks das Signal zu geben und seinen langen Arm als erster auszustrecken.

Die phrasenreichen Reden des amerikanischen und auch des englischen Delegierten, die von Ausfällen gegen die Sowjetunion und die mit ihr befreundeten Länder gespickt sind, waren nicht populär. Nur an den Tagen, an denen der Führer der Sowjetdelegation, A. J. Wyschinski, spricht, sind alle Plätze für das Publikum, die Pressevertreter und die Delegierten besetzt.

Während einer Sitzung des Politischen Sonderausschusses sprach mich mein Nachbar an, ein hagerer, braunhaariger Amerikaner, der 40 Jahre alt sein mochte und einen anständigen, aber schon stark abgetragenen grauen Anzug trug. Es war ein arbeitsloser Ingenieur aus New Jersey, der sich mit gelegentlichem Verdienst durchschlägt, den ihm sein Bruder zukommen läßt, ein Mann, der es „zu etwas gebracht hat“. Nachdem wir einige Gedanken über die eben erst beendete

Rede A. J. Wyschinskis ausgetauscht hatten, bemerkte mein Gesprächspartner:

„Ich war dies Jahr schon mehrmals in Lake Success, denn Zeit habe ich ja jetzt“, und dabei lächelte er traurig, „soviel ich nur will. Ich hatte Glück: heute konnte ich zum drittenmal Wyschinski hören. Ich höre ihn sehr gerne sprechen, er wirkt immer überzeugend, weil er im Recht ist, überzeugend natürlich für diejenigen, die man überhaupt mit Tatsachen und mit Logik überzeugen kann. Und wissen Sie, worüber ich besonders erstaunt bin: worüber Wyschinski auch immer sprechen mag, er vergißt niemals auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die UNO zu festigen, ihr Ansehen nicht zu untergraben. Soweit ich etwas von Politik verstehe, verhält man sich bei uns ganz anders zu ihr...“

Tatsächlich füttert man die Amerikaner tagaus, tagein mit Reden, Rundfunksendungen und Zeitungsartikeln, die darauf ausgehen, die UNO zu diskreditieren und die Überzeugung zu schaffen, sie sei nicht imstande, ihre Aufgaben zu bewältigen. Diese Politik ist die unmittelbare Folge des allgemeinen Kurses des Staatsdepartements auf die Umwandlung der UNO in ein willenloses Kampfinstrument für den „kalten Krieg“ gegen die Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratie und die fortschrittlichen Kräfte in allen Ländern, in ein Instrument, das den eigennütigen und verbrecherischen Zielen der neuen Weltherrschaftsanwärter dienen soll.

Die vierte Tagung der Vollversammlung hat in der Praxis vollauf erwiesen, daß die USA-Delegation bei ihrer auf die Untergrabung der UNO abzielenden Politik vor nichts zurückscheut. In ihrer ganzen Nacktheit äußerte sich diese Politik anlässlich der Wahl von drei neuen nichtständigen Sicherheitsratsmitgliedern an die Stelle der Ukrainischen SSR, Kanadas und Argentiniens, die wegen Ablaufs der Gültigkeitsdauer ihrer Befugnisse ausscheiden.

Bekanntlich fordert Artikel 23 der UNO-Satzung, die Vollversammlung möge bei den Wahlen der nichtständigen Mitglieder auf eine gerechte geographische Verteilung der Sitze im Sicherheitsrat achten. Hierbei müssen nach einer zur Tradition gewordenen Gepflogenheit die Länder dieser oder jener geographischen Zone ihren Kandidaten für den Posten eines nichtständigen Ratsmitgliedes selber in Vorschlag bringen. In voller Übereinstimmung mit dieser Tradition schlugen die Staaten der entsprechenden geographischen Zonen an Stelle von Kanada, Argentinien und der Ukrainischen SSR, die jetzt ausscheiden, die Kandidaturen Indiens, Ekuadors und der Tschechoslowakei vor. Die Delegation der USA trommelte aber durch Drohungen, Versprechungen

und direkte Befehle an die von der Wall Street abhängigen Regierungen Lateinamerikas und einiger anderer Länder die notwendige Stimmenzahl zusammen, um entgegen dem Willen und Beschluß der Länder Osteuropas, entgegen den Grundsätzen der UNO den Platz im Sicherheitsrat Tito-Jugoslawien zuzuschancen und ihn nicht der Tschechoslowakischen Republik einzuräumen.

Als Ergebnis von Geheimverhandlungen gelang es den USA, wenn auch nur mit Mühe und Not, ihr schmutziges Vorhaben zu verwirklichen. Der Führer der Sowjetdelegation, A. J. Wyschinski, ergriff sofort nach Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse am 20. Oktober in der Vollversammlung das Wort und erklärte mit vollem Grund:

„Jugoslawien repräsentiert als Vertreter im Sicherheitsrat nicht die osteuropäischen Länder, es kann und wird nicht als Vertreter dieser Länder betrachtet werden; die Aufnahme Jugoslawiens in den Sicherheitsrat wird von der Delegation der UdSSR als ein neuer Verstoß gegen die Satzung betrachtet, der die wichtigsten Grundlagen für die Zusammenarbeit in der UNO untergräbt.“

Die neue grobe Verletzung der Hauptprinzipien der UNO durch die Vereinigten Staaten, der Anschlag der USA auf den Sicherheitsrat rief unter den Delegierten der Vollversammlung eine heftige Reaktion hervor. Die Mehrzahl von ihnen verurteilte in den Wandelgängen das Staatsdepartement wegen seiner abenteuerlichen und kurzsichtigen Politik. Neunzehn Delegationen lehnten es rundweg ab, sich dem amerikanischen Diktat zu unterwerfen, und stimmten für die Kandidatur der Tschechoslowakei. Hierbei hielten einige Delegierte und Regierungsvertreter einzelner Länder es für notwendig, amtliche Erklärungen abzugeben. Zurückhaltender, als es in den Wandelgängen von Lake Success geschehen war, aber doch in ziemlich unmißverständlichen Ausdrücken verurteilten sie die am 20. Oktober in Szene gesetzte Posse der „freien“ Wahlen zum Sicherheitsrat.

„Wall Street Journal“, das Sprachrohr der amerikanischen Börsenjobber, dieser geschworenen Feinde der UNO, schrieb am 25. Oktober:

„Die größte Errungenschaft der UNO in den vier Jahren ihrer Existenz besteht darin, daß sie überhaupt am Leben geblieben ist.“

An dieser „Errungenschaft“ der UNO trägt selbstverständlich weder das Staatsdepartement noch das Foreign Office die Schuld. Nur die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion, ihre Bereitschaft, auf Grundlage der Gleichberechtigung mit allen Ländern zusammenzuarbeiten,

ihre Politik der Unterstützung der UNO, welche, wie Genosse Stalin 1946 sagte, ein „ernsthaftes Werkzeug zur Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit“ ist, vereitelte die Ausführung der englisch-amerikanischen Pläne. Dem Staatsdepartement half weder das Vorhandensein einer gehorsamen Mehrheit von kleinen Ländern, die ihrer Unabhängigkeit immer mehr verlustig gehen, noch die gutgeölte Abstimmungsmaschine, noch die Politik der wutschäumenden und zügellosen Verleumdungen gegen die Sowjetunion. Es werden nämlich längst nicht alle Fragen dadurch gelöst, daß die Marionettenvertreter ihre Hand heben. Sie sind imstande, jeden Sowjetantrag auf Atombombenverbot oder Verurteilung zu überstimmen, aber das bedeutet absolut nicht, daß diese Anträge von den Völkern abgelehnt sind. Im Gegenteil, die ganze Welt sieht jetzt, wie sich die Volksmassen aller Länder und Kontinente erhoben haben, um die Sache des Friedens zu verteidigen und die englisch-amerikanischen Kriegebrandstifter zu verurteilen.

Dieses wirkliche Kräfteverhältnis in der Welt beginnt endlich auch den Washingtoner und Londoner Politikern zum Bewußtsein zu kommen. Sie wagen es nicht, die von der Sowjetregierung auf der vierten Tagung eingebrachten Friedensanträge einfach abzulehnen, sondern treffen hierzu langwierige und komplizierte Vorbereitungen.

Buchstäblich zwei Tage nachdem A. J. Wyschinski in der Vollversammlung offiziell die Sowjetanträge auf Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und auf Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens eingebracht hatte, erfuhr man in den Wandelgängen, daß das Staatsdepartement in Gemeinschaft mit dem englischen Außenministerium an die Ausarbeitung seiner „Gegenvorschläge“ gegangen sei. Einige Zeit darauf begannen diesbezügliche Mitteilungen auch in die Presse durchzusickern, wobei darauf hingewiesen wurde, daß diese „Gegenvorschläge“ lediglich allgemein deklarativer Natur und für alle Länder des englisch-amerikanischen Blocks durchaus annehmbar sein würden, da in ihnen keine Verurteilung der Kriegebrandstifter vorgesehen sei und ein Atomwaffenverbot nicht einmal zur Erwähnung komme. Nach Eingeständnis der „New York Times“ wird eine solche Resolution kaum eine überzeugende Antwort auf die Sowjetanträge sein, doch bilde sie „den einzig möglichen Ausweg, da die Westmächte nicht geneigt sind, einen Nichtangriffspakt der großen Fünf abzuschließen“.

Die Beweggründe, weswegen die Vereinigten Staaten und England der Vollversammlung eine solche Kautschukresolution unterbreiten wollen,

verriet der Korrespondent der Londoner „Daily Telegraph and Morning Post“, als er erklärte, es sei

„der Hauptzweck der englisch-amerikanischen Gegenvorschläge, bei der Abstimmung die Ablehnung der Sowjetanträge zu gewährleisten“.

Auch die ganze Taktik der amerikanischen und der englischen Delegation in den Ausschüssen der Vollversammlung wird von dieser Furcht vor der allbesiegenden moralischen Stärke der Sowjetanträge bestimmt. Durch alle möglichen Versuche, die Debatten zu ausgetüftelten und drittrangigen Fragen auf jede Weise in die Länge zu ziehen, trachten diese Delegationen, Zeit zu gewinnen, um die Diskussion über die Sowjetanträge in einem möglichst geringen Zeitraum zusammenzudrängen und im Politischen Ausschuß wie auch auf der Vollversammlung künstlich eine Hast zu verursachen, in welcher es ihnen unauffällig gelingen könnte, ihre berüchtigte „Gegenresolution“ zur Annahme zu bringen.

Zu welchen Tricks die englisch-amerikanischen Gegner einer ehrlichen internationalen Zusammenarbeit aber auch immer greifen mögen, die

Sowjetanträge haben bei vielen Millionen einfacher Menschen Widerhall und größte Billigung gefunden. Davon zeugen zahlreiche Mitteilungen aus allen Ländern der Welt. So erklären z. B. die Teilnehmer einer Großkundgebung, die am 6. November in London stattfand, in ihrem Begrüßungsschreiben an das Sowjetvolk:

„Eure unbeugsame Haltung im Kampf für den Frieden und für das Atombombenverbot gewährleistet euch die Achtung aller fortschrittlichen, friedliebenden Menschen.“

Die vierte Tagung der Vollversammlung fällt in eine Zeit, da die allgemeine Volksbewegung für den Frieden auf dem ganzen Erdball wächst und erstarkt und sich in eine Massenbewegung ergießt, wie sie die Geschichte der Menschheit nie zuvor gekannt hat. Zu welchen Kniffen die Feinde des Friedens und der Demokratie auch immer greifen mögen, der Wille der Völker ist klar und unabänderlich: sie sind fest entschlossen, die Sache des Friedens gegen die Anschläge der englisch-amerikanischen Imperialisten zu behaupten.

New York, im November 1949

In Chicago

(Notizen eines Korrespondenten)

A. LAWRENJOW

UNSER FLUGZEUG kam spätabends aus New York in Chicago an. Unter uns lag das hell erleuchtete Panorama einer der größten Städte der USA, die nach New York die meisten Einwohner und die größte wirtschaftliche Bedeutung hat. Chicago erstreckt sich den Michigansee entlang Dutzende Kilometer weit von Norden nach Süden. Grelle Lichtzeilen teilen die Stadt in große dunkle Quadrate und Rechtecke. Diese Zeilen sind die sich rechtwinklig überschneidenden schnurgeraden Hauptstraßen.

Die State Street, die die Stadt meridional durchquert, und die sie kreuzende Madison Street teilen die Stadt in vier Teile, den Nordwesten, den Nordosten, den Südwesten und den Südosten. Die letzten beiden Stadtteile sind die sogenannte down-town, das Geschäftsviertel.

Ein Teil des Geschäftsviertels von Chicago im Südosten der Stadt wird „Loop“ (die Schlinge) genannt. Tatsächlich bildet hier der Chicago River gewissermaßen eine Schlinge und trennt den Loop District nördlich und westlich von der

übrigen Stadt. Die östliche Grenze der Loop bildet der Grant Park am Ufer des Michigansees, die Südgrenze bildet die breite Roosevelt Road.

Die Loop wird auch die Wall Street von Chicago genannt. Hier befinden sich die größten Banken, die Bürohäuser von Gesellschaften und Trusten sowie die städtischen und staatlichen Verwaltungsämter.

In der La Salle Street sind die monumentalen und düsteren grauen Hochhäuser der Chicagoer Effektenbörse, die American National Bank, die City National Bank, die Continental Illinois National Bank, die Corn Exchange National Bank und die National Republic Bank. In der Dearborn Street fallen die hohen, massiven Gebäude der First National Bank, der Union Bank und der Union Trust Company auf. In der Madison Street haben sich in ebensolchen Hochhäusern die Könige der mit dem Faschismus liebäugelnden Boulevardpresse — McCormick und Hearst — niedergelassen. Ihre Zeitungen, das McCormick-Blatt „Chicago Daily News“ und das Hearst-

Blatt „Herald American“, beherrschen den Zeitungsmarkt ebenso wie die erwähnten Banken den Finanzmarkt.

Wir machten einen Abstecher auf die berühmte Getreidebörse Chikagos, die eine Zentrale der internationalen Spekulation mit landwirtschaftlichen Produkten ist. In einem hohen Riesensaal sind zwei große achteckige Podien errichtet. Hier haben die Sensale der größten mit Weizen spekulierenden Gesellschaften ihren Platz. Für die anderen Makler sind zwei kleinere Achtecke vorhanden. An den Wänden hängen riesige Tafeln, auf denen die Preisschwankungen vermerkt werden. An kleinen Schreibtischen längs der Wände werden die Abschlüsse getätigt.

In dem Raum herrscht unglaublicher Lärm. Die Anwesenden schreien, packen einander am Arm und an den Jackenaufschlägen. Es kommt sogar zu Handgreiflichkeiten, besonders an den Krisentagen der großen Preisstürze.

Die Getreidegesellschaften haben märchenhafte Gewinne. Gegenwärtig kaufen sie den Weizen bei den Farmern zu 2 Cent pro Pfund auf. Als wir in Chikago waren, kostete ein Pfund Brot 14 Cent. Die ganze Differenz stellt den Gewinn der Monopole dar, die den Getreidehandel, das Mühlenwesen und die Bäckereien in ihren Händen haben.

Nördlich der Loop, jenseits des Chicago River, liegt am Ufer des Michigansees ein Bezirk, der sich „Gold Coast“ — „Goldküste“ — nennt. Hier wohnen in prunkvollen Palästen und eleganten Villen Bankiers, Trustmagnaten und Schieber. Auch der „Herzog von Chikago“, wie die käuflichen Tintenkulis den Zeitungsgangster McCormick schmeichlerisch nennen, hat hier seinen Wohnsitz aufgeschlagen.

Die Hauptmasse der Einwohner Chikagos sind natürlich nicht die Bewohner der Villen an der „Goldküste“ und nicht die Inhaber der monumental Bürohäuser in der Loop. Chikago ist eine der größten Industrie- und Handelsstädte sowie ein großer Eisenbahnknotenpunkt, es hat zahlreiche Betriebe des Hüttenwesens, der metallbearbeitenden Industrie, des Flugzeugbaus, der Fleischkonservierung und anderer Industriezweige. Die Hauptmasse der Einwohnerschaft sind die Arbeiter und Angestellten der Industrie- und Handelsfirmen.

Der Welt ist Chikago als eine Stadt der Elendsviertel bekannt. Wir suchten alle Stadtbezirke Chikagos auf und haben uns überzeugt, daß der größte Teil wirklich aus Elendsvierteln besteht. Sie umgeben die Loop und die „Goldküste“ in dichtem Halbkreis.

Ein von Arbeitern bewohnter Häuserblock im Südosten der Stadt, der im Norden von der

26. und im Süden von der 31. Straße, im Osten von der Wentworth Street und im Westen von der Halsted Street begrenzt wird, sieht z. B. folgendermaßen aus.

Die vier Straßenfronten dieses Blocks bestehen hauptsächlich aus ebenerdigen, vor mindestens fünfzig Jahren, wenn nicht noch früher, gebauten Häuschen. Ihre Ziegelmauern sind von außen mit ungehobelten Brettern verkleidet; wie man uns sagte, verdecken sie die in den Mauern gährenden Löcher. Faktisch sind die Häuser halbe Ruinen.

Aber die Häuser an der Straßenfront sind immer noch besser als die andern. Innerhalb des Häusergevierts drängen sich verräucherte schmutzige Hütten aneinander. Sie erinnern an hastig zusammengezimmerne Taubenschläge. Das Gerippe sind vier Pfähle, an die — manchmal mit Sperrholz verkleidet — Bretter genagelt sind. Die Dächer sind aus rostigem, von Holzstreifen zusammengehaltenem Blech. Die meisten Fenster sind mit Lumpen zugestopft oder mit Blech vernagelt.

Das hier geschilderte Häusergeviert ist keineswegs eine Ausnahme. Solche Blocks ziehen sich viele Kilometer weit hin. Sie gleichen einander wie Zwillinge.

Die Arbeiterviertel Chikagos sind ein anschaulicher Beweis dafür, wie es um die berüchtigte amerikanische Lebensweise in Wirklichkeit bestellt ist.

* * *

Während wir in Chikago weilten, trat dort die amerikanische Gewerkschaftskonferenz zum Schutz des Friedens zusammen. Auf der Konferenz machten wir die Bekanntschaft von Chicagoer Arbeitern und einfachen Gewerkschaftsfunktionären, die uns aufforderten, ihr Heim und ihre Arbeitsplätze anzusehen. Wir besuchten Wohnungen von Arbeitern des Landmaschinenbaus und einige Betriebe, so die Chicagoer Schlachthöfe der Firma Armour.

Bekanntlich gelten die Schlachthöfe als besondere Sehenswürdigkeit Chikagos. Möglich, daß sie einmal als technisch gut eingerichtete Betriebe angesprochen werden konnten. Jetzt ist die Einrichtung furchtbar veraltet. Überall herrscht unbeschreiblicher Schmutz, die Arbeitsbedingungen sind grauenhaft.

Arbeiter sagten uns:

„Sehen Sie, hier werden nicht nur 1200 Schweine, 220 Rinder und 200 Kälber in der Stunde geschlachtet, hier verwandelt sich auch in kurzer Zeit ein 40jähriger Arbeiter in einen uralten Greis, ein gesunder Mensch in einen Krüppel.“

Unglücksfälle sind in den Schlachthöfen eine alltägliche Erscheinung. Deshalb kämpfen die Gewerkschaftsorganisationen so hartnäckig um die Gründung eines Pensionsfonds für die Arbeiter.

Wie uns Arbeiter erzählten, sucht die Direktion in letzter Zeit das Arbeitstempo noch mehr zu steigern. Die schon ohnehin kurze Mittagspause wird noch weiter verkürzt. Morgens läßt man dem Arbeiter zum Frühstück 10 Minuten Zeit. Die Mittagspause einschließlich des Rauchens und allem Sonstigen dauert ebenfalls 10 Minuten. Das geringste Versehen zieht Geldstrafe oder Entlassung nach sich. Vom Arbeiter wird eine ungeheure Kraftanspannung verlangt.

Man berichtete uns, daß auf den anderen drei Chikagoer Schlachthöfen, die den Firmen Swift & Company, Wilson und Cudahy Packing Co. gehören, ebensolche Arbeitsbedingungen herrschen. Die vier Firmen (einschließlich Armour) kontrollieren die Schlachthöfe, Kühlhäuser und die Büchsenfleischindustrie der USA.

Die Arbeit auf den Schlachthöfen gilt als die schwerste und undankbarste. Bei der ersten Gelegenheit machen die Arbeiter sich auf und davon. In ihrer überwiegenden Mehrheit gehören sie den am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Kategorien an, sie sind Neger, Einwanderer aus Puerto Rico sowie Amerikaner polnischer, ungarischer und italienischer Herkunft. Die Gesellschaften legen es darauf an, Stammarbeiter durch versetzte Personen aus europäischen Lagern zu ersetzen. Man zahlt ihnen drei Viertel oder die Hälfte dessen, was die amerikanischen Arbeiter erhalten, und zwingt sie zum Streikbruch.

Mit dem Arbeiter Joe (er hat mich gebeten, seinen Nachnamen ungenannt zu lassen) wurden wir auf einer Versammlung der 108. Abteilung der Gewerkschaft der Landmaschinenbauer bekannt, zu der uns William Smith, der Vizevorsitzende dieser Gewerkschaft, eingeladen hatte. Joe arbeitet als Gießer in einem Werk des Trusts International Harvester Co. Nach der Versammlung bat uns eine Gruppe von Arbeitern in Joes Wohnung zu einer Tasse Tee.

Joe wohnt in einem Haus, das an der Straßenfront eines Häuserblocks steht. Aber was für ein Haus das war! Eine halbeingestürzte Holzterasse, von Wänden und Decken blätterte die Farbe ab. Die Zimmereinrichtung war denkbar armselig: ein paar Stühle, ein Holztisch ohne Tischtuch, ein eisernes Bett und ein lahmes Sofa...

„Das ist unser ganzer Hausrat“, sagte Joe. „Dabei bin ich einer der wenigen Glückspilze, die 80 Dollar die Woche verdienen. Trotzdem reicht es nicht hin und nicht her.“

Er deutete auf seine vier halbnackten Kinder und sagte:

„Meine Kleinen bekommen außer Milch im Grunde gar nichts. Beim Arzt habe ich derartige Schulden, daß ich wahrscheinlich einige Jahre daran zu knabbern haben werde. Als das erste Kind ankam, zahlte ich dem Geburtshelfer 150 Dollar, für die nächsten beiden je 200 Dollar, das letzte kostete mich 750 Dollar, da meine Frau krank wurde und zwei Wochen länger im Krankenhaus bleiben mußte...“

Wie es sich herausstellte, geht es Joes Freunden noch schlechter.

„James und Stuver zum Beispiel“, sagte Joe und deutete auf zwei ältere Arbeiter, die mir gegenüber saßen, „verdienen jeder nur 140 Dollar im Monat...“

* * *

Verstrickt in Schulden, beunruhigt und trübseelig der Arbeitslosigkeit und dem Hunger entgegensehend, führen die Arbeiter von Chicago einen harten, schweren Kampf nicht nur für ihre wirtschaftlichen Rechte, für das Stück Brot, sondern auch für die gemeinsamen Bedürfnisse und Interessen der Arbeiterklasse. Vor allem aber für den Frieden.

Es ist kein Zufall, daß gerade in Chicago, diesem Zentrum unmenschlicher Ausbeutung der Werktätigen durch die kapitalistischen Räuber, am 1. und 2. Oktober die amerikanische Gewerkschaftskonferenz zum Schutz des Friedens einberufen wurde. Sie war eine eindrucksvolle Protestdemonstration gegen die reaktionäre Außen- und Innenpolitik der regierenden USA-Kreise.

Die reaktionären Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation (AFL) und des Kongresses der Industrieverbände (CIO) machten den Bezirks- und Ortsgruppen der Gewerkschaftsorganisationen bei der Vorbereitung der Konferenz alle möglichen Schwierigkeiten und verboten sogar die Wahl von Delegierten. Gegen die Leiter primärer Organisationen, die für die Einberufung der Konferenz auftraten, wurde auf das gemeinste gehetzt.

Aber es gelang nicht, die Konferenz zu verhindern. Die Vorbereitungen wurden sehr eintätig getroffen. In Chicago kamen 1245 Delegierte zusammen. Aus Industriestaaten wie Illinois, Pennsylvania, Michigan, Ohio und New York trafen 697 Vertreter ein. Die Konferenz fand im Geschäftsviertel, im Gebäude des Ashland Auditorium, statt. Diese Räume gehören dem Chikagoer Verband der Angestellten des Stadtverkehrs und werden aus dessen spärlichen Mitteln unterhalten. Innen erinnert das Auditorium an eine große, schlecht beleuchtete Werkhalle in einem veralteten Betrieb. Der Holzboden ist in

den Gängen zwischen den Sitzreihen mit stark abgenutztem Segeltuch bedeckt. In einer so reichen Stadt wie Chicago mit seinen luxuriösen Hotels und Restaurants stehen den Arbeitern für ihre Versammlungen nur solche Räume zur Verfügung. Das konnte die Bedeutung der Konferenz jedoch nicht herabmindern.

Auf dem Weg zum Hauptsaal des Auditoriums erblickten wir an den Wänden der Korridore riesige Plakate. Auf dem einen standen vor einem Hintergrund von Kanonen, Panzern, Flugzeugen und Geschossen in großen Buchstaben folgende Worte:

„Roosevelts Rüstungsbudget von 1940 — 1,6 Milliarden Dollar. Der Kriegshaushalt von 1950 — 21,1 Milliarden Dollar.“

Ein anderes Plakat daneben zeigte, wie man die Mittel verwenden sollte, die für Kriegsvorbereitungen ausgegeben werden:

5 Milliarden Dollar zum Hausbau für die Werktätigen;

6 Milliarden Dollar zum Bau von Krankenhäusern, Heilanstalten und Schulen;

3 Milliarden Dollar für Altersrenten;

3 Milliarden Dollar für Arbeitslosenunterstützung usw.

Im Hauptsaal hing über dem Podium ein großes Spruchband mit der Aufschrift:

„Fallt den Kriegsbrandstiftern in den Arm! Schluß mit dem ‚kalten Krieg‘! Wir verlangen Vernichtung der Atombomben! Arbeiter Amerikas, vereinigt euch zum Kampf für den Weltfrieden und für ein demokratisches Amerika!“

Im Zeichen dieser Parolen stand auch die Konferenz. Die Stahlgießer von Pittsburgh und Chicago, die Bergarbeiter aus der Gegend der Großen Seen, die Erdölarbeiter Kaliforniens, die Schauerleute der West- und der Ostküste, die Mechaniker aus den Automobilwerken Fords und viele, viele andere Arbeiter wandten sich auf der Konferenz gegen die aggressive Politik der regierenden Kreise Washingtons, gegen das Aufrüstungsprogramm, gegen den Nordatlantischen Vertrag, gegen den Marshallplan und die Trumandoktrin. Zwecks Zeitersparnis sprachen die meisten Redner nicht auf der Tribüne, sondern direkt im Saal, wo mehrere Mikrophone aufgestellt waren. In jeder Plenarsitzung kamen 50—60 Delegierte zu Worte.

... Am Mikrophon stand ein untersetzter, breitschultriger Arbeiter in mittleren Jahren. Er hieß Elmer Grandstaff und war ein Delegierter der Stahlgießer von Ohio. Man merkte, er war es nicht gewohnt, vor vielen Hörern zu sprechen. Mühevoll formte er die Worte. Aber diese Worte umrissen klar den Weg des Friedenskampfes.

„Unser Kampf für den Frieden“, so sagte er, „ist vor allem ein Kampf gegen unsere Feinde, die Truste und Korporationen, gegen die Leitung der AFL und des CIO, denen es darum zu tun ist, die amerikanischen Arbeiter auf den Weg der auf einen Krieg zusteuernenden Wall Street zu treiben...“

Auf der Konferenz wurden nicht wenige Beispiele dafür angeführt, wie die vor den Monopolen kriechenden reaktionären Führer der AFL und des CIO die fortschrittlichen Gewerkschaften und ihre Leiter bekämpfen, die die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Hattie Brisbane, eine Delegierte der Hafenarbeiter der Ostküste, Mutter von 11 Kindern, erzählte, daß Ryan, der Vorsitzende ihrer Gewerkschaft, und seine Kumpane helfen, den Terror gegen die Neger und die „Nichtamerikaner“ zu organisieren. William Smith, der Vizevorsitzende der Gewerkschaft der Landmaschinenbauer, brachte Beispiele dafür, wie die reaktionären Leitungen der AFL und des CIO Verbindungen mit den Mordbuben aus dem Ku-Klux-Klan aufnehmen.

Tom Fitzpatrick, ein Delegierter des Pittsburgher Elektrikerverbands, sagte, die Außen- und Innenpolitik der USA-Regierung sei auf die Interessen des „großen Busineß“, auf die Interessen der Kapitalmagnaten abgestimmt, die an Rüstungsaufträgen Riesensummen verdienen. Der junge Arbeiter Joe Johnson, der die Gewerkschaft der Schiffsköche und Stewards vertrat, erklärte unter dem Beifall aller Anwesenden, seine Gewerkschaft stehe fest für den Frieden ein. Johnson berichtete, daß die Seeleute, die oft nach Europa kämen, sich mit eigenen Augen überzeugten, wohin der Marshallplan Westeuropa gebracht hat. „In den marshallisierten Ländern wächst die Verelendung der Werktätigen, die Preise für wichtigste Bedarfsgüter steigen. Als schwere Bürde lasten die Rüstungsausgaben, die einen gewaltigen Teil des Haushalts dieser Länder ausmachen, auf den Schultern der Arbeiter.“

Delegierte von den Detroit Gewerkschaften der Automobilarbeiter, namentlich der Arbeiter Work von den Fordwerken, forderten dazu auf, dem „kalten Krieg“ Fehde anzusagen. „Wir arbeiten in den Werken“, so sagte Work, „die nach wie vor Kriegswaffen erzeugen. Sofort, gleich nach dieser Konferenz müssen wir ebensolche Konferenzen in jeder Stadt einberufen, um sämtliche Friedenskämpfer in allen Städten, in allen Ortschaften, in allen Teilen des Landes zu vereinigen. Wir werden erreichen, daß die Arbeiter Amerikas sich weigern, Rüstzeug für einen Krieg herzustellen...“

Die Reden der Delegierten waren durchdrungen von der Gewißheit, daß das amerikanische

Volk, daß die amerikanischen Arbeiter den Kampf für den Frieden gewinnen werden. Die Konferenzteilnehmer wiesen darauf hin, daß in den unteren Gewerkschaftsorganisationen die Kampffront für den Frieden, gegen die Kriegsbrandstifter und ihre Lakaien, die reaktionären Gewerkschaftsführer, erstarkt.

Earl George, ein Vertreter des Hafenarbeiterverbandes der Westküste, erklärte, daß die einfachen Mitglieder seines Verbandes unter der Leitung von Bridges und seinen Helfern Robertson und Smith den Kampf gegen den Marshallplan führen. „Wir wollen keinen Krieg und keine Atombomben“, sagte er. „Wir werden die Schlacht für den Frieden gewinnen...“

Mit stürmischem Beifall begrüßten die Konferenzteilnehmer die junge Negerin Christine Walker, Delegierte einer großen Detroit-Gewerkschaft. „Die jungen Menschen Amerikas“, sagte sie, „werden niemals gegen die Sowjetunion in den Krieg ziehen.“

Die Konferenzteilnehmer faßten einmütig eine Reihe wichtiger Beschlüsse, darunter auch über die Bildung eines ständigen Landeskomitees der amerikanischen Gewerkschaftskonferenz zum Schutz des Friedens. Das Komitee wurde gebildet aus Vertretern der Gewerkschaften der Stahlindustrie, der Erzgruben, des Kraftwagenbaus, der Elektroindustrie, der Nahrungsmittelindustrie und anderer Industriezweige. Zu den Obliegenheiten des Landeskomitees gehört es, den Kampf für den Frieden in allen Teilen der USA zu organisieren und die Beschlüsse der Konferenz in die Tat umzusetzen.

In ihrer politischen Resolution betont die Konferenz, daß der Kampf der amerikanischen Arbeiter für den Frieden vor allem ein Kampf gegen die amerikanischen Kriegsbrandstifter, gegen den „kalten Krieg“, gegen den aggressiven Nordatlantischen Vertrag, gegen die Trumandoktrin, gegen die ganze reaktionäre Politik der regierenden USA-Kreise ist.

In einem Aufruf an alle Arbeiter der Welt erklärte die Konferenz, daß die amerikanischen Arbeiter im Kampf für den Frieden fest zu den Völkern aller Länder stehen werden.

Die Konferenzteilnehmer nahmen ein Sendschreiben an die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats an, in dem gefordert wird, daß die Herstellung und Anwendung der Atomwaffe verboten, die vorhandenen Atombombenvorräte vernichtet und eine wirksame internationale Kontrolle über die Atomenergie eingeführt werde.

Die amerikanische Gewerkschaftskonferenz fand in den USA weiten Widerhall. Wie populär und erfolgreich diese Konferenz war, trat so deutlich zutage, daß die reaktionäre Presse sich nicht zu einer Kampagne gegen sie entschließen konnte und bemüht war, sie totzuschweigen.

Daß aber einfache Menschen Amerikas organisiert gegen die reaktionäre Politik der regierenden Kreise aufgetreten waren, davon erfuhr das ganze Land. In Chicago — dieser Stadt der Effektenbörse, der Elendsviertel und der kapitalistischen Sklaverei — haben die Arbeitsleute das Kampfbanner für den Frieden entrollt...

Chicago, im Oktober 1949

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN:

Ein schlechter Scherz

Lange noch bevor der geistesgestörte Forrestal das städtische Feuerwehrrkommando für Landungstruppen der Sowjetarmee ansah, fielen die antisowjetischen Provokateure im Westen wiederholt der eigenen blühenden Phantasie zum Opfer.

Anfang v. J. phantasierte z. B. ein Kollege Forrestals, der Marineminister Sullivan, von „sowjetischen U-Booten“ an den Küsten Amerikas. Erst als die Presse der Monopole in ihren Spalten schon ganze Kübel sowjetfeindlicher Verleumdungen ausgegossen hatte, gestand Sullivan, daß seine Feststellung eine optische Täuschung gewesen sei. Im April v. J. entdeckten

Journalisten aus Ankara, die gewohnt sind, die Dinge durch amerikanische Brillengläser zu sehen, „sowjetische U-Boote“ im Marmarameer. Das provokatorische Gezeter in der türkischen Presse legte sich erst, als man in den geheimnisvollen „U-Booten“ gewöhnliche Körbe erkannte, wie sie Hafenarbeiter zum Lastentragen benutzen.

So taucht in regelmäßigen Zeitabständen immer wieder ein neuer Provokateur auf, der einen Vorwand erfindet, um ein Gegacker über eine „Sowjetinvasion“ anzustimmen. In den ersten Novembertagen d. J. verbreitete die bürgerliche Presse als Antisowjetsensation ein Lügenmärchen

über ein geheimnisvolles, natürlich „russisches Flugzeug“, das angeblich unweit der Küste der Cyrenaika abgestürzt sei. Von Anfang an war klar, daß die von ägyptischen Funkstationen aufgefangenen „Notsignale“ entweder deren eigene Erfindung oder irgendwessen Vorspiegelung gewesen waren. Die versierten britischen Behörden im Nahen Osten hielten es jedoch für angezeigt, die Rolle leichtgläubiger Einfaltspinsel zu spielen. Nach Meldungen der Agentur France Presse zu urteilen, gaben sie vor, es würden Rettungsaktionen in die Wege geleitet, man suche nach dem abgestürzten Flugzeug usw. Müßige Journalisten stellten ein provokatorisches Rätselraten darüber an, „was das sowjetische Flugzeug wohl in dieser Gegend des Mittelmeers zu suchen gehabt hatte“.

Natürlich konnte ein „russisches Flugzeug“ in der Cyrenaika nicht aufgefunden werden aus dem einfachen Grunde, weil keins dort war noch dort sein konnte. Am 4. November, als die Ver-

anstalter der sowjetfeindlichen Provokation anscheinend zu dem Schluß kamen, daß sie das Maximum an propagandistischer Wirkung aus dieser Provokation herausgeholt hatten, meldete ebenfalls France Presse, die Nachricht von dem geheimnisvollen „russischen Flugzeug“, das angeblich ins Mittelmeer abgestürzt war und Notsignale gegeben hatte, sei wahrscheinlich der Scherz eines Radioamateurs gewesen.

So fand wieder einmal eine Antisowjetprovokation ein klägliches Ende. Man könnte die blamierten englisch-ägyptischen „Retter“, die sich von irgendeinem Spaßvogel in eine derart lächerliche Lage bringen ließen, direkt bemitleiden, trüge das provokatorische Geschrei nicht so böswilligen Charakter. Ganz unverkennbar wurde die plumpe Mache mit dem „russischen Flugzeug“ in der Cyrenaika für sowjetfeindliche Propaganda sowie zur Vergiftung der öffentlichen Atmosphäre im Nahen Osten ausgeschlachtet.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

General Halders jüngste Niederlage

L. SLAWIN

DAS ERSCHEINEN von Franz Halders Buch „Hitler als Feldherr“* darf man nicht nur damit erklären, daß deutsche Generale im Ruhestand gern Memoiren schreiben, inspiriert von der unstillbaren Gekränktheit, die bei verabschiedeten Heerführern stark entwickelt zu sein pflegt.

Zunächst sei festgestellt, daß sich Halder nicht im Ruhestand befindet. Vor einiger Zeit ist er samt seinem rostigen Degen in den Dienst der amerikanischen Armee gestellt worden. Auch die Halder widerfahrene Kränkung liegt schon recht weit zurück. Bereits im Herbst 1942 wurde er von Hitler abgesägt. Gelüstete es Halder, in einem Buch mit Hitler abzurechnen, so hätte er das schon vor mehreren Jahren tun können.

Man darf Halders Buch nicht als einen verspäteten Racheakt ansehen, durch den der Menschheit enthüllt werden sollte, daß Hitler ein ganz unbrauchbarer Feldherr war. Hitler hat alles getan, um diesen Nachweis selber mit erschöpfender Überzeugungskraft zu erbringen.

Wer wüßte nicht, daß Keitel, Jodl, Halder, Guderian, Manstein und die übrigen in der Sowjetunion geschlagenen Nazistrategen Hitlers Feldherren waren? Die Sowjetarmee schlug sie 1941 bei Moskau, 1942 bei Stalingrad, 1943 bei Kursk, 1944 bei Jassy und 1945 bei Berlin. Hitlers Fiasko ist ihr gemeinsames Fiasko.

General Halder läuft Sturm gegen diese Wahrheit.

Als Hitler der Brotherr Halders war, entwarf Halder für ihn die Pläne des Aggressionskriegs gegen die Sowjetunion. Jetzt, da Halder sich andere Bosse zugelegt hat, widmet er sich weiterhin der gleichen Beschäftigung. Eben daher rührt ihr wohlwollendes Verhalten zu Halders Buch, das den Vermerk trägt: „Military Government. Information License US—E 273.“

Halder versucht, den militärischen Ruf des faschistischen deutschen Generalstabs zu retten. Was sich nicht mit der Waffe machen ließ, will er mit der Feder verrichten. Als Fürsprecher der ganzen Hitlergeneralität tritt er auf. Er will Untrennbares trennen: die Bande und ihren Häuptling.

* Franz Halders: Hitler als Feldherr. München 1949.

„Mit schwerer Sorge sahen die führenden Männer des Heeres der Entwicklung entgegen. Ihrem Bemühen, sich um der deutschen Truppe willen den Unsinnigkeiten Hitlerschen Feldherrntums entgegenzustemmen, blieb auf die Dauer der Erfolg versagt.“

Im Grunde versucht Halder zu beweisen, daß die faschistische deutsche Armee ohne Hitlers Einmischung in die Maßnahmen seiner Generale den zweiten Weltkrieg gewonnen hätte. Von Hitlers „Feldherrntum“ schreibt der Verfasser:

„In seinen letzten Zuckungen sucht es Deckung hinter der schon seit Stalingrad durch Flüsterpropaganda in Umlauf gesetzten Entschuldigung:

„Der Feldherr hat das Richtige gewollt, aber die Generale haben seine Ideen vereitelt.“

Halder läßt ein analoges Gerücht vom Stapel, nur daß er es wendet: „Die Generale haben das Richtige gewollt, aber Hitler hat ihre Ideen vereitelt.“

Die Zerschmetterung des deutschen Imperialismus wird von Halder aus dem Wahnwitz des halbgeistesgestörten Hitler erklärt. Diese klinische Erklärung braucht der Verfasser, um für die militärischen Tugenden der heil gebliebenen Nazigenerale die Reklametrommel zu rühren. Er erklärt die Kriegskunst für ein Monopol der deutschen Militärkaste. Mit offensichtlicher Anspielung auf sich selber schreibt er:

„Was aber in unserem Zeitalter Kriegführung bedeutet, haben nur wenige geahnt.“

Diese hochmütige Erklärung ist des berühmtesten Generals Pfuel würdig, über den Leo Tolstoj in „Krieg und Frieden“ schrieb:

„Er hatte seine Wissenschaft, seine Theorie der schrägen Bewegung, die er aus der Geschichte der Kriege Friedrichs des Großen abgeleitet hatte; und alles, was ihm in der neueren Kriegsgeschichte vorkam, schien ihm nur Unsinn, Barbarei, wüste Rauferei zu sein, wobei auf beiden Seiten so viele Fehler gemacht würden, daß diese Kriege überhaupt nicht verdienten, Kriege zu heißen: sie paßten nicht in seine Theorie und konnten kein Gegenstand der Wissenschaft sein.“

Der moderne Pfuel, General Halder, meint, in seiner Persönlichkeit und in noch ein paar Hitlergenerale sei alle militärische Weisheit konzentriert. Hochtrabend schreibt er, „die besten schöpferischen Führungskräfte“ seien „ausgeschaltet“ worden, und hierin habe „das Ende einer stolzen deutschen Führungstradition“ gelegen.

In seinem Bestreben, die verkrachte Firma des deutschen Generalstabs zu rehabilitieren, erklärt Halder sämtliche Niederlagen der faschistischen Wehrmacht mit den sinnlosen Befehlen Hitlers. Aber eben hier gerät Halder durch den ihm eigenen Darlegungswirrwarr in Widerspruch mit sich selber. So erklärt er den Erfolg der faschistischen Raubintervention in Griechenland folgendermaßen: „... das OKH umging den Befehl Hitlers, und der Erfolg gab ihm recht.“ Also konnte man Hitlers Befehle umgehen? Warum tat man das

denn nicht bei den anderen, häufigeren und wichtigeren Kampfhandlungen, die mit der Niederlage der Faschisten an der sowjetisch-deutschen Front endeten? Nicht etwa darum, weil die Verschiedenartigkeit der strategischen Anschauungen zwischen Hitler und seinem Generalstab eine von seinen überlebenden Waffengeführten geschaffene Nachkriegslegende ist?

„Mit der Übernahme des Oberbefehls über das Heer trat Hitler aus der strategischen Sphäre der Wehrmachtführung in die operative Ebene der Heeresführung. Er hatte bedenkenlos, gerade während des russischen Feldzuges, oft genug zum Schaden der Sache in diese Sphäre übergegriffen.“

Diese Überlegungen Halders kann man schlicht und prosaisch wie folgt entschlüsseln:

Der werten Kundschaft zur Beachtung! Der frühere Hitlersche Generalstab ist nach Instandsetzung wieder eröffnet. Beste Fachkräfte für alle Aggressionsgeschäfte. Ermäßigte Preise. Karte genügt, kommen ins Haus.

Und die Kundschaft ließ nicht lange auf sich warten. Es ist schon längst kein Geheimnis, daß Halder und Guderian beim amerikanischen Oberkommando untergekommen sind. Sie beide samt Manteuffel, Stumpff, Student und anderen Hitlergenerale befassen sich im Auftrag der Kriegsbrandstifter mit der Restaurierung der Hitlerarmee. Anscheinend imponieren den amerikanischen Militaristen die monumentalen Niederlagen der von der Sowjetarmee geschlagenen Hitlergenerale.

In der Verlagsvorrede zu Halders Buch wird der Verfasser in Empfehlung gebracht als „ein Fachmann, dessen Urteilsfähigkeit in der ganzen Welt anerkannt ist“. Man muß bemerken, daß der Münchener Verlag einen etwas beschränkten Begriff von der Welt hat. In einem höchst beträchtlichen Teil der Welt besteht eine andere, in praxi schon 1941, nach der Zerschlagung der Faschisten bei Moskau, zustande gekommene Meinung über die Urteilsfähigkeit des Hitlerschen Generalstabs. Die Niederlagen der faschistischen deutschen Truppen bei Rostow und Jelez, bei Kalinin und Tichwin erfolgten gleichfalls 1941, als der „urteilsfähige“ Halder den deutschen Generalstab leitete.

Aber diese heiklen Einzelheiten werden von Halder in seinem Buch, das einen Reklameprospekt zu dingender Hitlergenerale darstellt, schamhaft übergangen.

Halder stand Hitler nahe und könnte viel von ihm erzählen, aber er beschränkt sich lediglich auf solche Mitteilungen, die ihm zwecks Rehabilitierung des Generalstabs von Nutzen sind. Hitler „war nie an der vordersten Front“, „das Kunstwerk einer neuzeitlichen Generalstabskarte“ war für ihn „ein unlösbares Geheimnis“, er besaß

nicht das „Feingefühl des Feldherrn“ und war überhaupt ein Ignorant auf niedrigem Geistesniveau. Somit ergibt sich, daß die hochgelahrten Stabsgenerale, „die besten schöpferischen Führungskräfte“, die Hüter der „stolzen deutschen Führungstradition“ binnen vieler Jahre begeistert und widerspruchslos die Befehle eines Halbidioten ausgeführt haben. Da es Halder plötzlich einfällt, daß sich dies wirklich irgendwie peinlich ausnimmt, murmelt er auf den letzten Seiten seines Buchs in raschem Wortschwall etwas über irgendeine „dämonische Kraft“ Hitlers, der seine nächste Umgebung geradezu hypnotisiert habe.

Halder kannte Hitler recht gut. Schon zu Beginn der zwanziger Jahre war er mit Hitler verbunden und erfüllte dessen Spionageaufträge während seines Dienstes im bayrischen Generalstab und in der Reichswehr. Chef des Generalstabs wird Halder 1938 — gerade als Hitler Oberster Befehlshaber wird.

In offensichtlicher Überschätzung der Naivität des Lesers meint Halder, ihm weismachen zu können, der Generalstab habe gegen den Krieg mit Polen und der Sowjetunion Einspruch erhoben. Deswegen habe Feldmarschall Brauchitsch abgedankt, begleitet von Keitels Abschiedsworten: „Der Führer kann sich nicht irren.“ Daß in dieser Bande eine Zänkelei um Macht, Chargen und Reichtum vor sich ging, unterliegt keinem Zweifel. Und wie bei jeder Raubtierbalgerei flog hier die Wolle, und mit eingezogenem Schweif und kläglichem Winseln überließen die unterlegenen Schakale den anderen ihren Platz. Es ist kennzeichnend, daß die mythischen Einwände des Generalstabs gegen die Raubzüge Hitlers, wie Halder ausplaudert, nicht aus irgendwelchen prinzipiellen Motiven herrührten, sondern auf der unzulänglichen militärischen Bereitschaft Deutschlands beruhten. Erhob also der Generalstab auch Einspruch, so nicht gegen den Krieg mit der Sowjetunion, sondern einzig gegen den Termin des Kriegsbeginns.

Halder verwickelt sich ständig in Widersprüche. Das ist begreiflich, denn er stellt sich gleichzeitig mehrere Aufgaben, die einander ausschließen.

So behauptet er zum Beispiel, der Generalstab sei für, Hitler jedoch gegen den Angriff auf Moskau gewesen. Aber die Schlacht um Moskau fand ja statt, und die Sowjettruppen versetzten den Hitlerfaschisten dort die schwerste Niederlage. Verantwortlich für die Niederlage bei Moskau ist folglich der von Halder geleitete Generalstab. Und hier fallen die schlecht befestigten Karten dem ungeschickten Falschspieler aus den Manschetten. Halder tut, als habe es überhaupt keine Schlacht um Moskau gegeben. Er greift zu jener Form der Lüge, die im Verschweigen besteht.

Halder schreibt in dem Kapitel „Hitler im russischen Feldzug“:

„Eine darauf“ (d. h. auf die Notwendigkeit der Offensive gegen Moskau) „hinweisende Bemerkung des Oberbefehlshabers des Heeres forderte eine merkwürdig erregte und schroffe Ablehnung Hitlers heraus, die ein Schlaglicht auf seine unausgesprochenen Gedanken warf. Nur völlig verkalkte Gehirne, die in den Vorstellungen vergangener Jahrhunderte befangen seien, so führte er im gereizten Ton aus, könnten in der Landeshauptstadt ein anstrengenswertes Ziel sehen. Sein Interesse gelte den Brutstätten des Bolschewismus, Leningrad und Stalingrad. Wenn man diese ... zerstörte, dann sei der Bolschewismus tot, und darauf komme es an.“

Es ist zu bezweifeln, daß der Oberste Hypnotiseur und seine Stabsmedien in dieser Frage wirklich Differenzen hatten. Auf jeden Fall hat die Geschichte sie miteinander ausgesöhnt. Weder Moskau noch Leningrad noch Stalingrad wurden eingenommen. Weder die „Unsinnigkeiten Hitler-schen Feldherrntums“ noch die „stolze deutsche Führungstradition“ der „besten schöpferischen Führungskräfte“ der Generalität hatten Erfolg. Diese sowohl als auch jene wurden durch die allüberwindende Kraft der Sowjetarmee aufs Haupt geschlagen.

Aber Halder will die Schande der unrühmlichen Niederlagen um keinen Preis mit Hitler teilen. Er schreibt:

„Als die ‚Schlacht bei Kiew‘ unter rücksichtsloser Inanspruchnahme der schon stark strapazierten Motoren geschlagen war, wurde der Angriff in Richtung Moskau ... von Hitler befohlen. Jetzt war es zu spät. Die Motoren waren am Ende ihrer Kraft. Die Herbstschlammperiode verzögerte die Bewegungen... Der Winter — ungewöhnlich früh und ungewöhnlich hart — trat als mächtiger Bundesgenosse der Russen auf den Plan, ehe das Angriffsziel erreicht war.“

Das ist alles. Aus dieser lügenhaften und nebelhaften Darlegung ist nicht nur unersichtlich, wie die Schlacht um Moskau ausging, sondern ob es diese grandiose Schlacht, die auf einem Gelände von 120 000 Quadratkilometer unter Teilnahme von mehr als einer Million Mann auf beiden Seiten stattfand, überhaupt je gegeben hat. Halder hat sie einfach nicht bemerkt. Er hat nicht bemerkt, daß die Hitlerfaschisten um hunderte Kilometer von Moskau zurückgeschleudert wurden. Er hat nicht bemerkt, daß die deutschen Truppen allein an Gefallenen rund 300 000 Soldaten und Offiziere einbüßten. Er hat die Schlacht bei Moskau nicht bemerkt, weil sie den Mythos von der Unbesiegbarkeit der Hitlerarmee zerstörte, den gleichen Mythos, an dessen Neuschöpfung Franz Halder in seinem Buch arbeitet.

Zu dem gleichen schamlosen Schwindel greift Halder auch bei Beschreibung der Schlacht um Leningrad.

Hitler, so schreibt er,

„versprach seinen Gauleitern, daß er in 6 Wochen als Sieger in Leningrad stehen... werde...“

Als die Heeresgruppe Nord... sich Leningrad so weit genähert hatte, 1941 dicht an Leningrad heran. Die in diesen Kämpfen im weiteren Vorgelände der Stadt stark angeschlagenen Hitlertruppen verfügten dennoch zu diesem Zeitpunkt über mehr als zwanzig Divisionen und die drei Fliegerkorps des Generalobersten Keller. Diese Truppen stürzten sich in den Sturmangriff auf Leningrad. Die Angriffe erfolgten fast täglich, man nannte sie die „entscheidenden“, die „letzten“ und so ähnlich. Sie alle wurden von den heroischen Verteidigern Leningrads zurückgeschlagen. Und Ende September sah sich v. Leeb genötigt, die Einstellung des Sturmangriffs zu befehlen. Es begann die beispiellose 900tägige Blockade Leningrads, die mit der Zerschmetterung der belagernden faschistischen deutschen Heeresgruppe endete.

Die in den Kämpfen bei Luga und Gatschina hart mitgenommene Heeresgruppe Nord rückte unter dem Kommando des Generals v. Leeb am 12. September 1941 dicht an Leningrad heran. Die in diesen Kämpfen im weiteren Vorgelände der Stadt stark angeschlagenen Hitlertruppen verfügten dennoch zu diesem Zeitpunkt über mehr als zwanzig Divisionen und die drei Fliegerkorps des Generalobersten Keller. Diese Truppen stürzten sich in den Sturmangriff auf Leningrad. Die Angriffe erfolgten fast täglich, man nannte sie die „entscheidenden“, die „letzten“ und so ähnlich. Sie alle wurden von den heroischen Verteidigern Leningrads zurückgeschlagen. Und Ende September sah sich v. Leeb genötigt, die Einstellung des Sturmangriffs zu befehlen. Es begann die beispiellose 900tägige Blockade Leningrads, die mit der Zerschmetterung der belagernden faschistischen deutschen Heeresgruppe endete.

Am eifrigsten distanziert sich Halder vom Zusammenbruch bei Stalingrad. Er enthält sich auch sorgsam jeglicher Schlußfolgerungen betreffs der Stalingrader Schlacht. Indes waren die internationalen Folgen dieses welthistorischen Sieges des Sowjetvolks, der einen radikalen Umschwung im Verlauf des zweiten Weltkriegs kennzeichnete, gewaltig. Insbesondere wurde durch den Sieg bei Stalingrad der Vorstoß der Achsenmächte von Sues abgewendet und den Engländern und Amerikanern der Weg nach Tunis geöffnet. Halder zieht es jedoch vor, nicht an Dinge zu erinnern, die seinen neuen Brotherrn peinlich sein können.

Bekanntlich wurde die zweite Front erst im Sommer 1944 aufgezogen, nach den hervorragenden Siegen der Sowjetarmee in der Ukraine rechts des Dnjepr, in der Krim, bei Leningrad und Nowgorod, als es klargeworden war, daß die Sowjetunion imstande war, allein die Zerschmetterung des faschistischen Deutschlands zu Ende zu führen und sämtliche von den Faschisten eroberten Länder Europas aus dem Hitlerjoch zu befreien. Die Alliierten suchten die endlose Aufschiebung der zweiten Front insbesondere mit der Legende von der Unbezwingbarkeit des Atlantikwalls zu rechtfertigen, den Hitler an der Küste Westeuropas errichtet haben sollte. General Eisenhower schreibt in seinem Buch:

„Viele meinten, der Ansturm gegen einen solchen Typ von Verteidigungsanlage sei ein Unsinn, es sei nichts anderes als militärischer Selbstmord...“

Halder bezeugt, daß der Atlantikwall außerstande war, „der feindlichen Invasion im Jahre 1944 nennenswerten Aufenthalt zu bereiten“. Dieses Schreckgespenst, durch das Eisenhower in solcher respektvollen Entfernung gehalten wurde, war nach Halders Eingeständnis nur eine Scheibe „für ein durch niemand zu störendes Scharfschießen der feindlichen Landungsflotte“.

Denn, wie Halder weiterhin erklärt:

„Wir müssen uns endlich entschließen, mit diesen Märchen aufzuräumen. Gegen eine Landungsflotte, wie sie den Alliierten unter dem Schutz einer vollständigen und unbestrittenen Luftherrschaft zur Verfügung stand, hatte Deutschland keine Abwehrmittel.“

Der Mythos vom Atlantikwall ist gleichermaßen eine Schöpfung Churchills und Hitlers. Sie hatten ihn beide nötig.

Selbstverständlich denkt Halder gar nicht daran, die englisch-amerikanische Truppenführung zu bespötteln. Das Thema seines Buchs bleibt immer das gleiche: der Krieg sei nicht von den weisen Generalen, sondern von dem Dummkopf Hitler verloren worden. Aber das ganze Kapitel „Die Invasion“, in dem berichtet wird, wie die gewaltige, vorzüglich ausgerüstete alliierte Armee vor dem nichtexistenten Atlantikwall hilflos auf der Stelle trat, erweckt, dem Willen des Verfassers zum Trotz, einen ganz eindeutigen Eindruck. Und liest man Halders Schlußfolgerung — die gegnerische Truppenführung sei, wenn sie nicht gezögert hätte, in der Lage gewesen, den deutschen Truppen mühelos den Rückweg über den Rhein abzuschneiden —, dann will es einen bedünken, das Thema des Buchs von Halder sei nicht „Hitler als Feldherr“, sondern „Eisenhower als Feldherr“.

Was den sogenannten Ardennendurchbruch im Winter 1944 betrifft, der die englisch-amerikanischen Truppen der Gefahr der Zerschmetterung aussetzte, so erachtet Halder diese deutsche Offensive als „die letzten Groschen eines bettelarm gewordenen Mannes“. Mithin haben auch hier die Komplimente, die der verbindliche Halder den Alliierten spendet, einen höchst doppelstimmigen Klang. In der Tat, die Deutschen griffen mit den Kräften nur einiger Truppenverbände an, die, wie Halder bezeugt, „ohne ausreichenden Betriebsstoff, mit begrenzter Munitionsausstattung und ohne wirksame Unterstützung aus der Luft“ operierten. Nichtsdestoweniger wurde die englisch-amerikanische Front in einer Tiefe von vielen Dutzend Kilometern durchbrochen. Die Gefahr eines neuen Dünkirkens nahm feste Formen an. Churchill flehte das sowjetische Oberkommando hysterisch um Hilfe an, und die Sowjetarmee kam zu Hilfe, indem sie ihre grandiose Offensive nicht am 20. Januar 1945, wie dies plangemäß

vorgemerkt war, sondern am 12. Januar begann. Das deutsche Oberkommando warf eilends seine Truppen aus den Ardennen an die Sowjetfront hinüber, und somit wurden die alliierten Armeen vor der Katastrophe gerettet.

Halder enthält sich eines kritischen Urteils über die Operationen seiner derzeitigen Brotherren. Schreibt er über die Westfront, so bekundet er in der Ausdrucksweise das größte Zartgefühl. Eine andere Sache ist die Ostfront. Hier spricht Halder ununterbrochen über die Rauheit des Winters, die Überanstrengung der Truppen, die strapazierten Motoren, die Fehler Hitlers und nur beiläufig und ungern über das, was der Hauptgrund der Niederlage Hitlers war: über den „mit mächtigem Truppenaufgebot und mit großem Schwung vorgetragenen russischen Gegenangriff“.

Beruft sich Halder auf allerhand für die Hitlerfaschisten ungünstige Zufallsumstände an der sowjetisch-deutschen Front, so macht er sich damit wirklich lächerlich. Diese Berufungen sollen die Tatsache verhüllen, daß es die großartige Lebenskraft des sowjetischen Gesellschafts- und Staatssystems war, die all die so sorgfältig ausgearbeiteten Berechnungen der Hitlerschen Generalität über den Haufen warf. Bereit, als Landsknecht an einem neuen Krieg gegen die Sowjetunion teilzunehmen, bemüht sich Halder, die grundlegende welthistorische Tatsache zu vertuschen, daß die gepriesene faschistische deutsche Kriegsmaschine von der Sowjetarmee zertrümmert worden ist. Zertrümmert deswegen, weil die Sowjetarmee mit der genialen Stalinschen Strategie, mit der Stalinschen Kriegswissenschaft ausgerüstet ist, weil sie über mächtige Waffen und über hervorragende, von J. W. Stalin herangebildete Heerführer, über einen höchst erfahrenen Kommandobestand und über die erhabensten moralischen und politischen Eigenschaften verfügt.

Halder kennt natürlich die für die geschlagenen deutschen Generale so bedauerliche Wahrheit über den zweiten Weltkrieg sehr gut. Aber diese Wahrheit niederschreiben, liegt gar nicht im Interesse Halders und seiner neuen Gebieter. Deswegen entdeckt Halder selbst bei der Schilderung der abschließenden Kriegsjahre „auf deutscher Seite einige“ geheimnisvolle „befähigte Truppenführer“ und von diesen angeblich erfolgreich durchgeführte „örtlich begrenzte Angriffsoperationen“. Wohlweislich nennt er weder diese einzelnen Truppenführer noch ihre örtlich begrenzten Operationen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil es weder diese noch jene auf Erden gegeben hat. Es ist dies einfach noch ein Punkt des Reklameprospekts.

Freilich akzeptiert Halder „ein in bitterer Kritik von russischer Seite geprägtes Wort: Amilitärische Kriegführung“. Aber man darf nicht vergessen, daß Halder sämtliche Fehler der faschistischen deutschen Strategie auf Hitlers Konto setzt, während er für sich und den Generalstab alle erdenklichen nicht vorhandenen Tugenden reserviert.

Halder ist vom Revanchetrauma beherrscht. Das Gift militärischer Ehrsucht rinnt durch seine Adern. Sein Buch ist nicht nur das ohnmächtige Gestöhn eines Karrieristen, der Pech gehabt hat. Es ist der Fiebertraum eines Kriegsbrandstifters. Halder zählt die Fehler Hitlers nicht einfach auf, er deutet höchst durchsichtig an, daß man sie künftig vermeiden könnte.

Auf dem Umschlag seines Buchs steht: „Der ehemalige Chef des Generalstabs berichtet die Wahrheit.“

Stimmt nicht. Der ehemalige Chef des Generalstabs lügt. Er wälzt alle Mißerfolge der deutschen Aggressoren auf Hitlers Irrsinn ab. Ja, es war Irrsinn, aber nicht der eines einzelnen Menschen. Es war der Irrsinn der herrschenden Klasse des imperialistischen Deutschland. Und mit diesem Irrsinn sind jetzt auch die regierenden Kreise in den anderen imperialistischen Ländern, vor allem und am stärksten in den USA, infiziert.

Daher das Wettüben, die militärischen Abenteuer, die Militärstützpunkte, die aufgeblähten Militärhaushalte, die Verstöße gegen die Souveränität fremder Völker, die Aggressionspakte und jener ganze Hexentanz der Brandstifter eines neuen Kriegs, dem sich Franz Halder nunmehr eingereiht hat.

In dem Lizenzvermerk auf seinem Buch „Military Government. Information License US“ sollte man das Wort „License“ mit größerem Recht durch ein anderes, durch das Wort „Bestellung“ ersetzen. Halders Buch ist ein auf direkte Bestellung der Kriegsbrandstifter verfertigtes Machwerk.

Aber die Völker der Welt durchkreuzen die blutigen Pläne der Weltreaktion. Die Friedensbewegung besteht nicht aus isolierten Bemühungen von Einzelpersonen, sondern aus Massaktionen von Millionen. Sie ist Front und Kampf. „Wir konnten uns fest zusammenschließen“, erklärten die Friedenskämpfer auf dem Pariser Kongreß, „wir konnten einander verstehen. Und wir drücken unsere Bereitschaft und unseren Willen aus, diesen Kampf für den Frieden — den Kampf für das Leben — zu gewinnen.“

In diesem Kampf wird Generaloberst Halder, gleich seinen neuen Brotherren, eine Niederlage erleiden. Im übrigen sind Niederlagen für ihn nichts Neues.

4. November

In Frankfurt a.M. wird eine Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft gegründet.

In Cleveland (USA) wird die Jahrestagung der dem Kongreß der Industrieverbände (CIO) angehörenden Gewerkschaften geschlossen. Die reaktionäre Spitzengruppe des CIO setzte auf der Tagung den Ausschluß des progressiven Elekrikerverbands durch.

5. November

Protestdemonstration in Warrington (England) gegen die Errichtung von Luftflottenstützpunkten der USA und gegen die Anwesenheit von USA-Militärs in England.

6. November

G. M. Malenkov hält das Referat in der Festsitzung des Moskauer Sowjets anläßlich des 32. Jahrestags der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

7. November

In Moskau, Leningrad, Kiew und anderen Städten der Sowjetunion finden Truppenparaden der Sowjetarmee und Demonstrationen der Werktätigen anläßlich des 32. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution statt.

Der 32. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wird in allen Ländern der Welt durch Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen der Werktätigen begangen.

Die in Sofia durchgeführte Gründungskonferenz der Internationalen Vereinigung der Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie und der Gaststätten (einer Industrieabteilung der Weltföderation der Gewerkschaften) wird geschlossen.

Figl bildet aus Vertretern der „Volkspartei“ und der Sozialistischen Partei die neue österreichische Regierung.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

November 1949

8. November

Der Sowjetdelegierte J. A. Malik beantragt im Politischen Sonderausschuß der UNO-Vollversammlung, die Atomkommission zu beauftragen, ihre Tätigkeit wiederaufzunehmen, um die Beschlüsse der Vollversammlung vom 24. Januar und 14. Dezember 1946 zu verwirklichen und unverzüglich Konventionsentwürfe über ein Verbot der Atomwaffe und über die Errichtung einer internationalen Atomenergiekontrolle auszuarbeiten, und zwar so, daß beide Konventionen gleichzeitig abgeschlossen werden und in Kraft treten.

9. November

Unter der Führung der Kolonialmächte — USA, England und Frankreich — lehnt die Mehrheit des Politischen Ausschusses der UNO-Vollversammlung die Sowjetanträge zur Frage des Schicksals der ehemaligen italienischen Kolonien ab. Der Ausschuß nimmt die Empfehlung des 17. Unterausschusses an, wonach Libyen spätestens bis zum 1. Januar 1952, Somaliland nach 10 Jahren die Unabhängigkeit zugesprochen werden soll.

Das Bezirksmilitärgericht in Katowice (Polen) verurteilt den jugoslawischen Spion Milić Petrović zu 10 Jahren Gefängnis.

10. November

A. J. Wyschinski, der Führer der Sowjetdelegation auf der Tagung der UNO-Vollversammlung, hält im Politischen Sonderausschuß eine Rede, in der er den amerikanischen Plan einer sogenannten internationalen Atomenergiekontrolle einer

Kritik unterzieht und die sowjetischen Anträge auf ein kategorisches Verbot der Atomwaffe und die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle über die Atomwaffe begründet.

In der Sowjetunion, den Ländern der Volksdemokratie, den USA und in anderen Ländern wird der Internationale Jugendtag festlich begangen.

In Paris wird eine am 9. November begonnene Konferenz der Außenminister der USA, Englands und Frankreichs zur deutschen Frage geschlossen. Wie aus dem veröffentlichten Kommuniqué hervorgeht, haben die Minister ihre Politik „auf neue bekräftigt“, die auf die Spaltung Deutschlands, auf die Eingliederung seines Westteils in die nach USA-Hinweis gefügten Aggressionsbünde gerichtet ist.

11. November

In Galatz (Rumänien) beginnt die erste Tagung der Donaukommission.

Die Regierung der Volksdemokratischen Republik Korea beschließt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik.

12. November

In den Länderhauptstädten der Deutschen Demokratischen Republik findet die feierliche Übergabe der bisher der Sowjetischen Militärverwaltung obliegenden Verwaltungsfunktionen an die Länderregierungen statt. Die Verwaltung des sowjetischen Sektors in Berlin wird dem Magistrat Groß-Berlins übergeben.

13. November

In Warschau wird der dritte Landeskongreß der Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft eröffnet.

14. November

Von einem militärischen Standgericht im Piräus (Griechenland) werden acht Patrioten, darunter vier Frauen, zum Tode verurteilt.

VERLAGSANGEIEN

MONATSSCHRIFT FÜR SCHÖNE LITERATUR
SOWIE GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE FRAGEN

„OKTJABRJ“ (OKTOBER)

Organ des Sowjetschriftstellerverbandes der Union

(in russischer Sprache)

Erschienen sind die Hefte 7, 8 und 9 des Jahrgangs 1949

INHALT:

- Romane: A. TSCHERKASSOW — *Der Tag geht im Osten auf.* (Schluß.) A. KOPTJAJEWA — *Iwan Iwanowitsch.* (Schluß.) S. BABAJEWSKI — *Licht über der Erde.* Erstes Buch.
- Erzählung: W. REWUNOW — *Neue Ufer.*
- Gedichte von I. WETLUGIN, L. WLADIMIRROW, N. GRIBATSCHOW, A. GIDASCH, N. GLASKOW, A. SHAROW, J. KOSLOWSKI, P. KOMAROW, M. LISJANSKI, M. MATUSSOWSKI, A. NIKIFOROW, M. SOBOLJ, L. TSCHERNOMORZEW, A. TSCHMYCHALO; Gedichte von den tadshikischen Dichtern M. TURSUN-SADE, M. MIRSCHAKAR, M. RAHIMI, A. LAHUTI und A. SCHUKUHL.
- Publizistik: W. TSCHEPRAKOW — *Die Kräfte des Friedens und der Demokratie sind unbesiegbare!* I. JERMASCHOW — *Morgenröte über Asien.* (Vierter und fünfter Aufsatz.) G. KOSIZKI — *Iwan Petrowitsch Pawlow, der große russische Gelehrte.* (Zum 100. Geburtstag.) N. ROSIJSKI — *Neue Horizonte.* L. KRUPENIKOW — *Skizzen von der Krim.*
- Kritik und Bibliographie: W. IWANOW — *Für den Sowjetpatriotismus in der Literatur und der Literaturkritik.* S. GUSSEWA — *Zwei Familienformen, zwei Moralauffassungen.* P. BERESEW — *Große Ansprüche kleiner Leser.* (Über Kinderliteratur.) I. RJABOW — *Poesie der Grubenarbeit.* (Über den Gedichtband S. Wasiljews „Moskaus schwarze Diamanten“.) P. MANUILOW und N. POTAPOW — *Der erste turkmenische Roman.* (Zu dem Roman B. Kerbajews „Der entscheidende Schritt“.) O. GRUDZOWA — *Ein Roman vom Kampf ums Glück.* (Zu V. Lais' Roman „Sturm“.) A. BELIK — *Ein gutes Buch.* (Zu F. Gladkows „Erzählung über die Kindheit“.) W. OGNJEW — *Biographie unserer Jugend.* (Zu der Gedichtsammlung „Unserm Komsomol“ von Studenten des Literaturinstituts.) L. SWETLOW — *A. N. Radischtschew.* (Zum 200. Geburtstag.) P. BERESEW — *Zwei Hefte der Zeitschrift „Ferner Osten“.* W. AKSCHINSKI — *Im Zerrspiegel.* (Zu der Skizzensammlung S. Bytowojs „Begegnungen auf Kamtschatka“.) S. IWANOW — *Der schöpferische Sowjetcharakter.* (Zu der Skizzensammlung A. Mednikows „Nie verlöschende Lichter“.)

Jahresbezugspreis: 60 Rubel

Preis der Einzelnummer: 5 Rubel

Anschrift der Redaktion: Moskau, Uliza Prawdy 24, Zimmer 533

Abonnieren Sie jetzt

die Wochenschrift

NEUE ZEIT

für das Jahr 1950!

*

Die NEUE ZEIT

ERSCHEINT IN RUSSISCHER, DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND FRANZÖSISCHER
SPRACHE.

*

Die NEUE ZEIT

befaßt sich mit Fragen
der Außenpolitik der
UdSSR und anderer
Länder und den aktuel-
len Vorgängen des in-
ternationalen Lebens.

Die NEUE ZEIT

enthält Beiträge von
Gelehrten, Schriftstel-
lern, Publizisten, Ge-
werkschaftsführern und
anderen Persönlichkei-
ten des öffentlichen
Lebens.

Abonnementsbestellungen nehmen entgegen:

UdSSR — „Meshdunarodnaja Kniga“, Moskau,
Kusnezki Most 18

DEUTSCHLAND — „Meshdunarodnaja Kniga“,
Berlin N. 54, Brunnenstr. 188/90. Filialen:
Leipzig, Markt 9; Weimar, Goetheplatz 9a; Halle,
Schmiedstr. 4; Schwerin, August-Bebelstr. 24

ÖSTERREICH — Das Internationale Buch, Wien 1,
Trattnerhof 1

SCHWEIZ — Genossenschaft Literaturvertrieb,
Zürich, Feldstr. 46

UNGARN — Horizont, Vilma Kiralyo-ut. 45, Buda-
pest

TSCHECHOSLOWAKEI — A. O. „Orbis“, Stalinova
46, Praha XII; „Journal“ Novinarske podniky,
Panenska 1, Bratislava; Magazin Sovetskoj Knigi,
Vaclavske nam. 14, Praha II

NIEDERLANDE — Uitgeverij Republiek der Lette-
ren N. V. Rokin 40, Amsterdam C; Pegasus
Boekhandel, Leidschendam 25, Amsterdam C

DÄNEMARK — Hovedbanegaardens Aviskiosk,
Reventlowgade, Kopenhagen; A. S. Land og Folks
Boghandel, Bredgade 37, Kopenhagen

SCHWEDEN — C. E. Fritze's Kgl. Hofbokhandel,
Fredsgatan 2, Stockholm; A.B.C.E. Wennergren-
Williams, Box 657, Stockholm

ISRAEL — Pales Press Co., Ltd., P. O. Box 844,
Tel-Aviv;

Filialen:

Pales Press Company, P.O. Box 476, Haifa;
Pales Press Company, P.O. Box 619, Jerusalem.